



DIE COVID-19-KRISE

FOLGEN UND LEHREN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE

LÄNDERSTUDIE

SPANIEN

Dezember 2022





VORWORT

Dieser Länderbericht ist Teil der Vergleichsstudie *Covid-19 und seine Auswirkungen auf die europäische Sozialdemokratie*, die die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – in der ersten Phase mit Unterstützung des Cattaneo-Instituts in Bologna – durchgeführt und unter maßgeblicher Mitwirkung des Amsterdamer Forschungsinstituts Kieskompas erfolgreich abgeschlossen haben. Der Bericht ist einer von sechs Länderberichten, auf denen die vergleichende Studie aufbaut, und bietet eine detaillierte Sicht auf Spanien.

Zu Beginn der Studie 2020 wollten die Projektverantwortlichen die Einstellungen der Bürger*innen während und nach der Pandemie untersuchen. Diese Einstellungen wurden im Zuge der weiteren Ausbreitung von COVID-19 in den beiden von Dynata vor Ort durchgeführten Erhebungswellen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (Dezember 2020/Januar 2021 und Oktober/November 2021) erfasst. Dabei zeigte sich, dass die Ansichten der Befragten sich während der tiefgreifenden Krise teilweise veränderten. Da alle beteiligten Partner ein möglichst genaues und umfassendes Meinungsbild erstellen wollten, beinhaltete die Umfrage schließlich 13 soziodemografische und 63 thematische Fragen. Diese Fragen ermöglichten eine Unterteilung der umfangreichen Daten, die in sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Schweden und Polen) in einem Sample von 1.000 Bürger*innen pro Land jeweils zweimal erhoben wurden. Dank Kreuztabellen und Überschneidungsanalysen zur Wahlneigung ließen sich in Bezug auf die Trends in verschiedenen Gruppen sehr konkrete Antworten eruieren. Besonderes Augenmerk wurde dabei natürlich auf die Meinungen der Wählerschaft und Sympathisierenden aus dem Mitte-Links-Spektrum gelegt. In diesem Sinne sollen die folgenden Seiten und insbesondere die Abschnitte mit der Überschrift »Die wichtigsten Ergebnisse« der Politikberatung dienen.

Nach der ersten Erhebungswelle hatten FEPS und FES die ersten Ergebnisse auch in den Kreisen der Sachverständigen aus den sechs betroffenen Ländern intensiv diskutiert. Dabei ging es darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen länderspezifischen Kontext zu stellen und sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Gesamtvergleich zu verdeutlichen. Diese Debatten fanden in Form von geschlossenen Diskussionsrunden statt, an denen Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, Akademiker*innen, Gewerkschafter*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft, Parteistrategen und Meinungsforscher*innen, Jugendvertreter*innen und Publizist*innen teilnahmen. Die Projektverantwortlichen danken all diesen Personen für ihre Zeit, ihren Enthusiasmus und ihre Beiträge. Die mehr als 200 Teilnehmenden können leider an dieser Stelle nicht alle namentlich genannt werden. Unser Dank gilt auch den Organisationen, die bei der Durchführung der Veranstaltungen geholfen haben – insbesondere dem Ignacy-Daszynski-Zentrum (Centrum im. Ignacego Daszynskiego, CID), dem Olaf Palme Center, der Fundación Pablo Iglesias und der Fundació Rafael Campalans sowie den FES-Regionalbüros in Madrid, Stockholm, Warschau, Paris und Rom. Die bei diesen Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse waren für die Fertigstellung sowohl der Länderfallstudie als auch des vergleichenden Berichts besonders relevant.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dieses Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und danken nochmals dem Cattaneo-Institut (mit Salvatore Vassalo, Moreno Mancuso und Federico Vegetti) für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Fragebogens



und der Datenerfassung, Dynata für die Durchführung der beiden Erhebungswellen und dem Team von Kieskompas (mit André Krouwel und Yordan Kutiyski), das in mehreren Durchgängen mit uns zusammengearbeitet und diese wichtigen Dokumente fertiggestellt hat. Schließlich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken – hier vor allem bei Céline Guedes von der FEPS und Adriana Hornung von der FES, die die gesamten organisatorischen Aufgaben geschultert haben.

Dr. Ralf Hexel

Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Ania Skrzypek

Foundation for European Progressive Studies

INHALT

○	ZUSAMMENFASSUNG: POLITISCHE STABILITÄT UND RELATIV KLARE ORIENTIERUNG	4
○	DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ	6
1	IN PANDEMIEZEITEN LEIDET DER ZUSAMMENHALT – VOR ALLEM BEI JÜNGEREN UND WENIGER GEBILDETEN MENSCHEN	8
2	DIE WÄHLERSCHAFT DER VOX, PP UND KLEINERER PARTEIEN SIND EMPFÄNGLICHER FÜR VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN	24
3	60 PROZENT DER SPANISCHEN BEVÖLKERUNG FÜHREN NACH EIGENER AUSSAGE EIN KOMFORTABLES ODER ZUMINDEST AUSKÖMMLICHES LEBEN	30
4	90 PROZENT DER WÄHLERSCHAFT SIND DAFÜR, DASS DER STAAT DIE WIRTSCHAFT STÄRKER REGULIERT	38
5	PSOE UND PODEMOS WERDEN BEI DEN EU-WAHLEN IHRE WÄHLERSCHAFT HÖCHSTWAHRSCHEINLICH HALTEN	52
6	MENSCHEN MIT NIEDRIGEREM BILDUNGSNIVEAU WÄHLEN ÜBERPROPORTIONAL HÄUFIG RECHTS	56
○	AUTOREN	60
○	IMPRESSUM	65



ZUSAMMENFASSUNG

POLITISCHE STABILITÄT UND
RELATIV KLARE ORIENTIERUNG



- 1) Die Covid-19-Pandemie hat die politischen und gesellschaftlichen Gräben in Europa vertieft. Spanien bildet hier keine Ausnahme, wie die Analysen der in diesem Kapitel herangezogenen Daten zeigen. Es ist bemerkenswert, dass sich die Meinungen der Befragten von 2020 bis 2021 größtenteils nicht wesentlich verändert haben.
- 2) Wo es doch größere Verschiebungen gibt, spiegelt sich in allen demografischen Gruppen die zunehmende Unzufriedenheit mit den Corona-Maßnahmen wider, die sich mit einer kritischen Haltung zum grundsätzlichen Umgang mit der Pandemie – einschließlich der öffentlichen Ausgaben – verbindet. Diese zunehmend kritische Einstellung ging mit einem abnehmenden Vertrauen in die Institutionen, einer wachsenden Wahrnehmung sozialer Spaltungserscheinungen, aber auch mit einer zunehmenden Besorgnis über den Klimawandel einher.
- 3) Die Ansichten der Wähler*innen bestimmter Parteien und verschiedener demografischer Gruppen sind von einem Jahr zum anderen weitgehend dieselben geblieben: In Bezug auf das Vorgehen während der Pandemie und die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierungsführung äußern die Wähler*innen, die die regierenden Parteien PSOE, Podemos-UI und die kleineren an der Regierung beteiligten Parteien unterstützt haben, die größte Zufriedenheit mit dem Umgang mit der Pandemie, haben das größte Vertrauen in die Institutionen und sind am häufigsten bereit, den Empfehlungen der Regierung in Zusammenhang mit der Pandemie zu folgen.
- 4) Auch die Wählerschaft der Mitte-Parteien Ciudadanos und PP hat relativ großes Vertrauen in die Institutionen und vertritt oftmals keine grundsätzlich misstrauischen Meinungen.
- 5) Auf der anderen Seite stehen die Wähler*innen von Vox dem Umgang der Regierung mit der Pandemie besonders kritisch gegenüber – wie überhaupt der spanischen Politik. Die Wähler*innen von Vox weisen ein anderes Profil auf und sind konservativer und regierungskritischer eingestellt als der Rest der Wählerschaft.
- 6) Eine demografische Gruppe, die ein ähnliches Grundmisstrauen äußert, bilden diejenigen, die finanziell schwer über die Runden kommen: Ebenso wie in anderen Ländern gehören die Befragten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu den Bevölkerungsteilen, bei denen das Grundmisstrauen am stärksten ausgeprägt ist.
- 7) Im Unterschied zu anderen Ländern jedoch sind die ideologisch nicht festgelegten Befragten weitaus gemäßigter als die entsprechenden Gruppen in anderen Ländern. Dies äußert sich darin, dass sie der Einwanderung positiv gegenüberstehen und über den Klimawandel besorgt sind, aber auch mehr Vertrauen in die Institutionen haben als andere Befragtengruppen. Diese Wählergruppe ist vor allem in der Wählerschaft von Ciudadanos vertreten.
- 8) Auch die Wähler*innen, die sich dem linken Spektrum zuordnen, tragen die Regierungspolitik und auch allgemein die gesellschaftliche Ordnung mit.
- 9) Im Gegensatz zu anderen Ländern ähneln die Wähler*innen, die sich der politischen Mitte zuordnen, den Befragten, die sich als rechtsorientiert bezeichnen und oft regierungskritische oder für die radikale Rechte charakteristische Einstellungen vertreten.
- 10) Was die demografische Zusammensetzung betrifft, so sind Grundmisstrauen und Politikverdrossenheit bei den einkommensschwachen Bürger*innen am stärksten vertreten: Diese Befragten haben im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ein sehr viel stärkeres Grundmisstrauen und sind sehr viel misstrauischer, einwanderungsfeindlicher, Klimaschutzfeindlicher und generell unzufriedener mit der Regierung. Sie haben auch die kritischste Einstellung gegenüber der Europäischen Union und bezweifeln, dass der Klimawandel gravierende Auswirkungen auf künftige Generationen haben wird.
- 11) Es ist jedoch erwähnenswert, dass abweichend von den Ergebnissen in anderen Ländern Spanier*innen mit niedrigerem Bildungsniveau kein ausgeprägtes Grundmisstrauen haben und sich in diesem Punkt nicht wesentlich von Befragten mit anderem Bildungshintergrund unterscheiden. Was das Alter betrifft, so sind die älteren Generationen weniger stark von negativen Auswirkungen der Pandemie in Form von sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen betroffen.
- 12) Bei älteren Befragten ist jedoch der Anteil derjenigen, die sich strengere Maßnahmen gegen die Pandemie gewünscht hätten, höher.
- 13) Insgesamt zeigen die Daten auf, dass trotz vieler unterschiedlicher und oftmals polarisierter Meinungen die Mehrheit der spanischen Bürger*innen politisch gemäßigt ist, ein relativ großes Vertrauen in ihre Regierung und ein hohes Maß an Vertrauen in die Institutionen hat, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU stärker als andere europäische Bürger*innen befürwortet, Einwanderung als Gewinn für die Gesellschaft betrachtet und sich wegen des Klimawandels sorgt.



DATENERHEBUNG UND METHODISCHER ANSATZ



Diese Länderstudie liefert einen detaillierten Überblick über die öffentliche Meinung in Spanien, indem er die Einstellungen verschiedener demografischer und politischer Gruppen vergleicht. Die Befragten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, wirtschaftlichem Wohlstand und ideologischer Ausrichtung eingeteilt. Vor allem wurden anhand der aktuellen Wahlabsicht der Befragten Wählergruppen ermittelt. Der Vergleich dieser Kategorien von Bürger*innenkategorien soll es politischen Entscheidungsträger*innen und Wahlkämpfer*innen gleichermaßen ermöglichen, fundierte Entscheidungen im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen zu treffen.

In der Ergebnisauswertung werden die Antworten der oben genannten Befragten auf die verschiedenen Fragen der Erhebung miteinander verglichen. Mit Hilfe von Fragen zu ein und demselben Thema (beispielsweise zur Zustimmung zu Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie), für die anstelle von ordinalen Antwortkategorien eine Skala verwendet wird, wurden Indizes erstellt, nachdem zuvor in einer Reliabilitätsanalyse verifiziert wurde, dass jeweils dieselbe Begrifflichkeit erfasst wird. Für diese Indizes wird der Mittelwert jeder Befragtengruppe geschätzt; anschließend werden die Gruppen in zweidimensionalen Streudiagrammen dargestellt, die zwei Indizes beinhalten. Auch hier wurden für jede Wählergruppe die durchschnittlichen Mittelwerte zwischen den beiden Erhebungswellen berechnet.

Dynata hat im Dezember 2020/Januar 2021 bzw. im Oktober/November 2021 in Koordination mit dem Cattaneo-Institut in zwei Erhebungswellen Daten in diesen sechs Ländern erhoben: Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und Schweden. In Spanien nahmen 1.000 Befragte an der ersten und 1.012 Befragte an der zweiten Befragungswelle teil. Die Auswahl war repräsentativ für die demografische Zusammensetzung und die politischen Präferenzen der spanischen Bevölkerung. Die Fragebögen beider Erhebungswellen enthielten überwiegend sich überschneidende Fragen, so dass die öffentliche Meinung zu verschiedenen sozioökonomischen Themen im Zeitverlauf verglichen werden konnte. Da die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Erhebungswellen in Bezug auf die in beiden Fragebögen enthaltenen Fragen minimal waren, werden für diese Fragen – von einigen Ausnahmen abgesehen – die durchschnittlichen Prozentsätze und Mittelwerte angegeben. Die folgenden Fragen waren nur in der ersten Erhebungswelle enthalten; für diese Fragen werden hier deshalb nur Ergebnisse aus dieser Welle aufgeführt:

- In der Frage, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie auf kurze Sicht die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit gegeneinander abgewogen hat, gehen die Meinungen auseinander.
- Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie gut die nationale Regierung bei ihrer Reaktion auf die Corona-Pandemie den Schutz der öffentlichen Gesundheit und den Schutz der individuellen Freiheit gegeneinander abgewogen hat.

- Einige wollen sich so schnell wie möglich gegen Covid-19 impfen lassen; andere halten eine Impfung für zu riskant. Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich impfen lassen, wenn die Gesundheitsbehörden Ihnen ein Impfangebot machen?

- Haben Sie die Corona-Warn-App »Radar COVID« auf Ihrem Smartphone installiert?

Darüber hinaus wurden mehrere Fragen erst im Fragebogen der zweiten Erhebungswelle gestellt, so dass nur Ergebnisse und Fragen aus dieser Welle aufgeführt sind:

- Einige sind der Meinung, dass die Covid-19-Impfung für alle verpflichtend sein sollte, um die Pandemie zu stoppen; andere vertreten die Ansicht, es sollte den Menschen grundsätzlich freistehen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht.
- Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 verschlechtert oder verbessert, oder ist sie unverändert?
- Meinen Sie, dass Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten sich verbessert, sich verschlechtert oder unverändert bleibt?

Die Indizes zur Ermittlung von Verschwörungsglauben und populistischen Einstellungen wie auch die Frage nach der Bewertung des Programms »NextGenerationEU« wurden ebenfalls nur in der zweiten Welle erhoben, so dass auch bei diesen Themen nur Daten aus der zweiten Welle ausgewertet werden.



KAPITEL 1

IN PANDEMIEZEITEN LEIDET DER
ZUSAMMENHALT – VOR ALLEM
BEI JÜNGEREN UND WENIGER
GEBILDETEN MENSCHEN

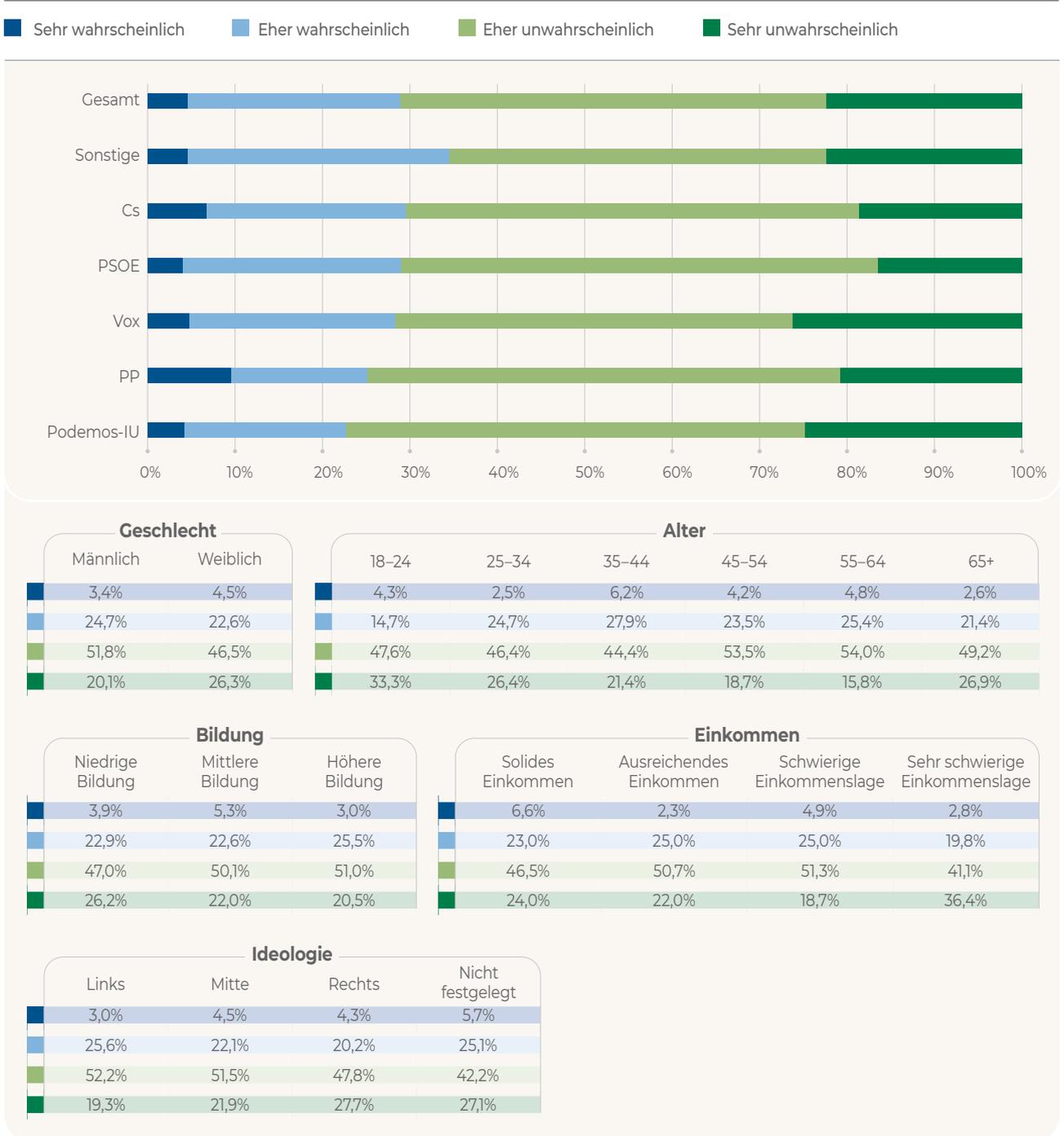


Wahrscheinlichkeit, sich mit dem Virus zu infizieren, und Ausmaß der Besorgnis

Trotz der Gefahr, die von Covid-19 ausgeht, hält die große Mehrheit der spanischen Bürger*innen (70,9 Prozent) es für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus infiziert. Die Wählerschaft von Ciudadanos und kleineren Parteien geht am häufigsten davon aus, sich anzustecken, während Wähler*innen von Podemos am wenigsten an eine mögliche Ansteckung glauben. Was die de-

mografische Zusammensetzung betrifft, ist die Zahl derjenigen, die eine Ansteckung mit dem Virus für weniger wahrscheinlich halten, bei Frauen, jüngeren Menschen und Personen mit geringerer Bildung und Einkommensschwachen am höchsten. Nimmt man die ideologische Ausrichtung zum Maßstab, halten rechtsorientierte Wähler*innen und ideologisch nicht festgelegte eine Ansteckung mit Covid-19 für weniger wahrscheinlich.

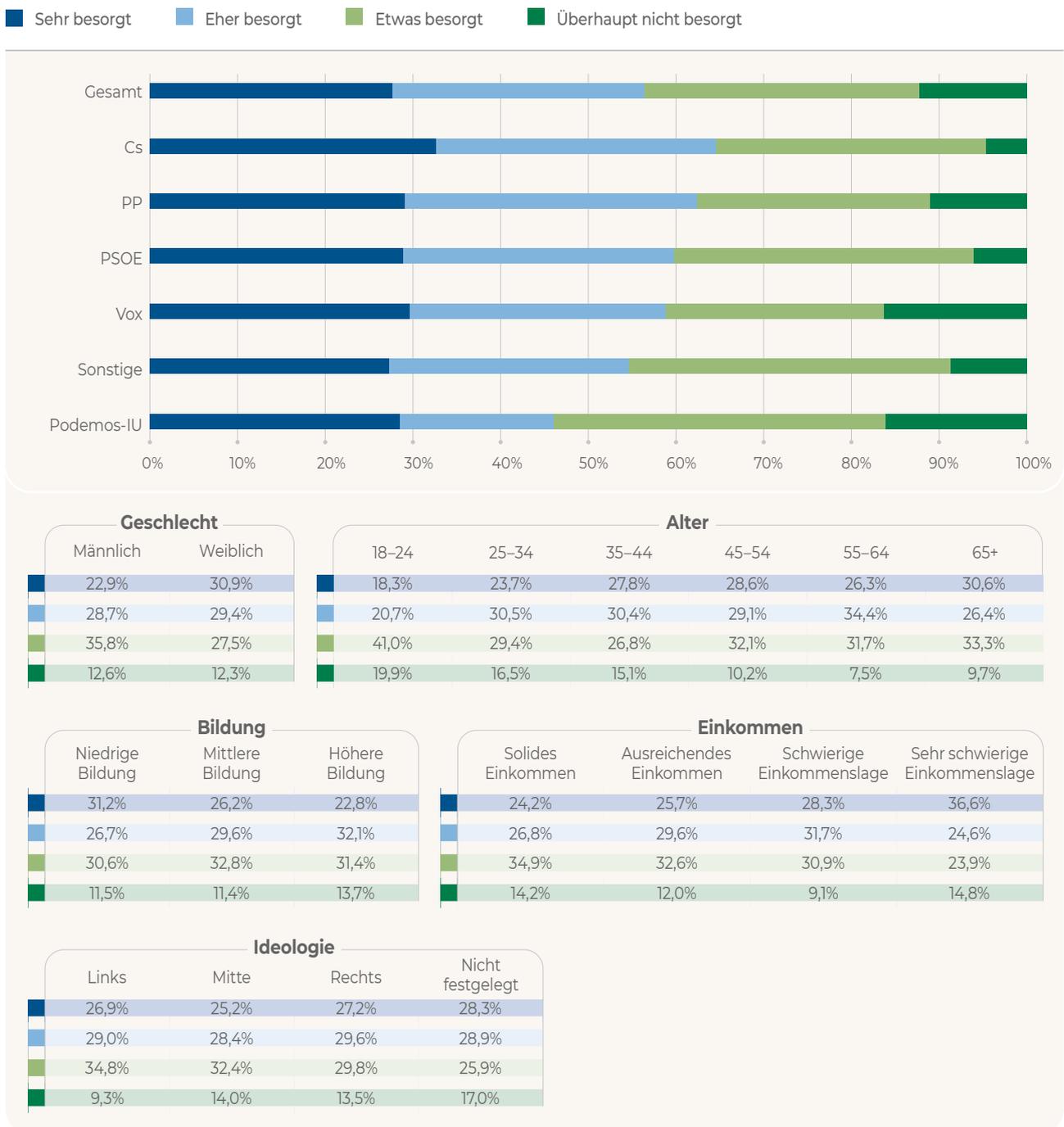
Abbildung 1 / Q22 – Für wie wahrscheinlich halten Sie es, sich mit Corona zu infizieren?



In Bezug auf die persönliche Gesundheitsgefährdung durch das Corona-Virus zeigt sich die Mehrheit der spanischen Bevölkerung (fast 90 Prozent) zumindest leicht besorgt. Am deutlichsten unterscheidet sich die Podemos- Wählerschaft von anderen Befragten: weniger als 50 Prozent von ihnen sehen ihre Gesundheit durch eine Covid-19-Infektion mäßig oder stark gefährdet. Mehr als 15 Prozent dieser Wähler-

gruppe hat überhaupt keine Angst vor Corona; dieser Anteil ist höher als bei der Wählerschaft anderer Parteien und ähnlich hoch wie bei den Vox-Wähler*innen. Unter den Befragten sorgen sich Frauen, ältere Menschen (insbesondere die über 55-Jährigen) sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und geringem Bildungsniveau am meisten über die von Covid-19 ausgehenden Gesundheitsrisiken.

Abbildung 2 / Q23 – Wie besorgt sind Sie, dass eine Covid-19-Infektion Ihre Gesundheit gefährden könnte?



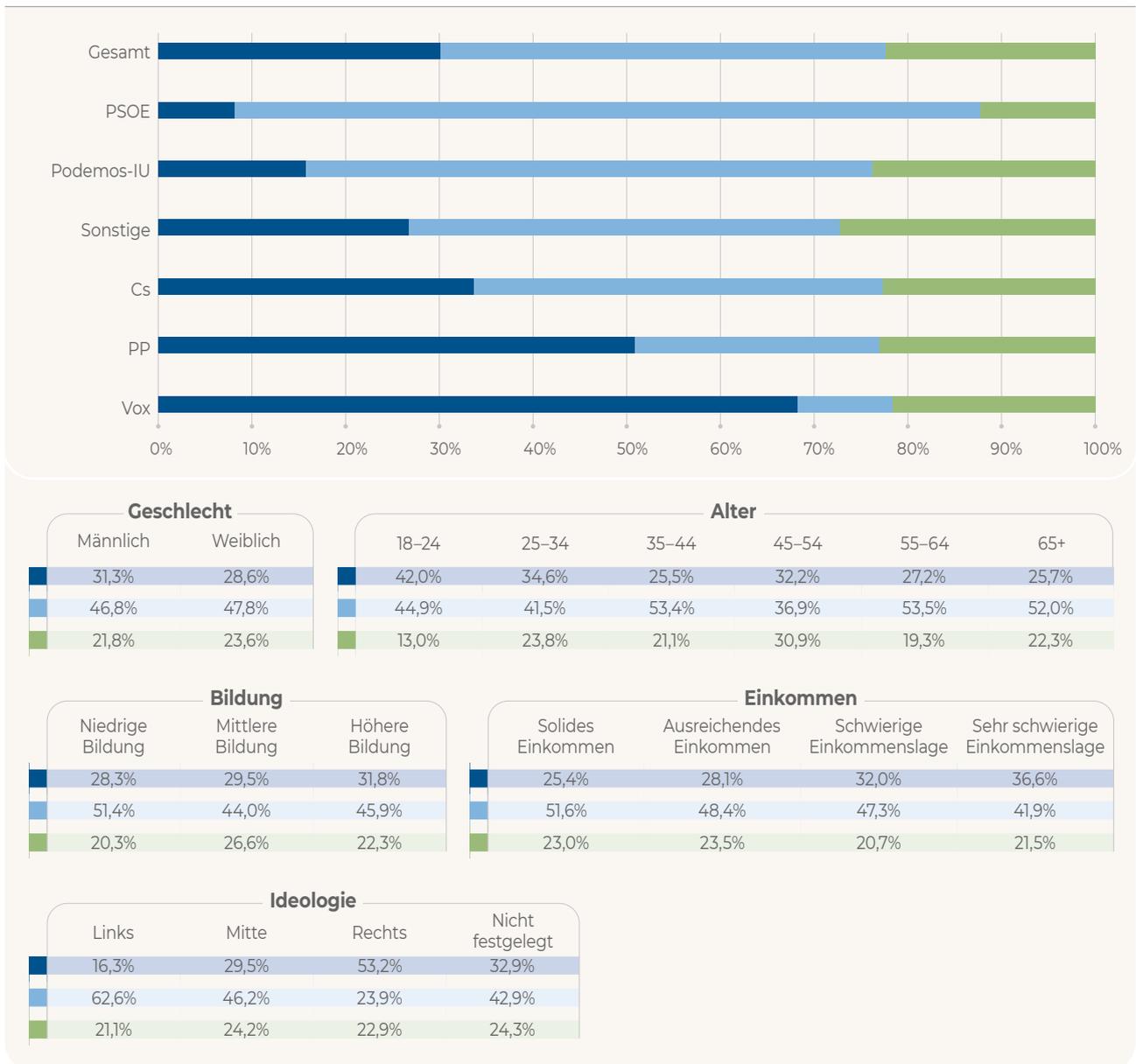
Beurteilung der Regierungspolitik zur Bekämpfung der Pandemie

Während fast die Hälfte der spanischen Bürger*innen der Meinung ist, dass die staatlichen Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung ausgewogen waren, werden auch viele kritische Stimmen laut: 30 Prozent der Befragten sind der Ansicht, im Maßnahmenpaket der Regierung sei die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht ausreichend berücksichtigt worden. 22,6 Prozent meinen hingegen, die Regierung hätte stärkere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergreifen müssen. Die überwältigende Mehrheit der Wähler*innen von PSOE und Podemos unterstützt die

Regierungspolitik, während die rechtsorientierte Wählerschaft diese am kritischsten sieht und der Meinung ist, dass mehr für die Sicherung von Arbeitsplätzen hätte getan werden müssen. Demografisch gesehen sind jüngere Menschen und Menschen in besonders prekärer wirtschaftlicher Lage – Gruppen also, die wohl am stärksten von der Pandemie betroffen waren – am häufigsten der Meinung, die Regierung hätte die Arbeitsplatzsicherung stärker in den Mittelpunkt stellen sollen. Die kritischste Einstellung zum Umgang mit der Pandemie haben ideologisch nicht festgelegte Befragte und solche, die sich dem rechten Spektrum zuordnen.

Abbildung 3 / Q38 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: Arbeitsplätze vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen, statt Arbeitsplätze zu sichern
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die nationale Regierung hat überzogene Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung getroffen, statt die öffentliche Gesundheit zu schützen

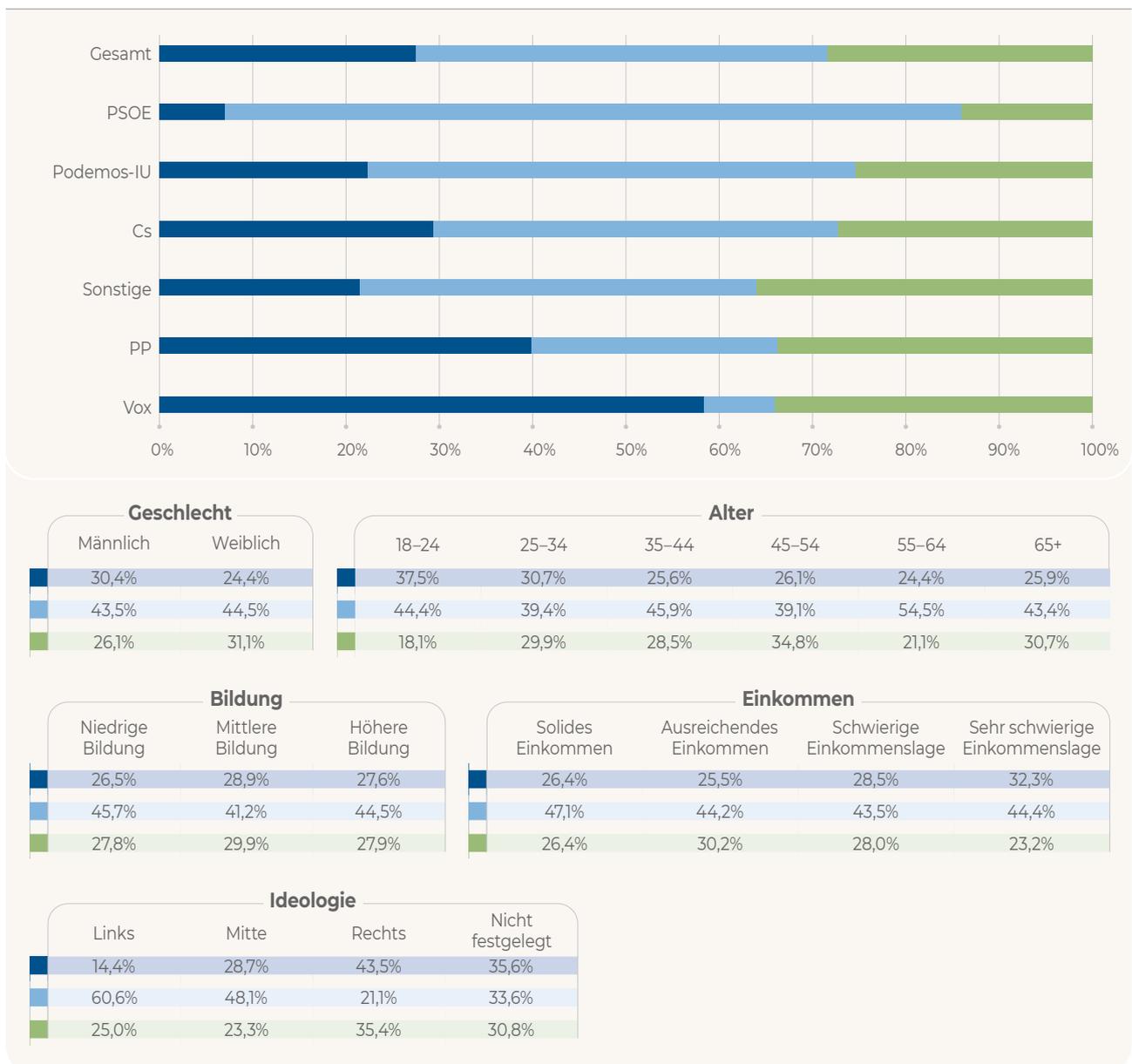


Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich auch bei der Frage, wie sehr die Bürger*innen der Meinung sind, dass die Maßnahmen der Regierung die richtige Balance zwischen Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgerichteten getroffen haben: Eine große Minderheit von 44,2 Prozent der spanischen Befragten ist der Ansicht, dass die Maßnahmen im Großen und Ganzen ausgewogen waren, während fast 27,4 Prozent der Meinung sind, die persönlichen Freiheiten seien allzu stark eingeschränkt worden. 28,4 Prozent der Befragten hingegen hät-

ten sich weiter reichende Beschränkungen gewünscht. Auch hier sind es die linken Wähler*innen, die restriktive Maßnahmen am stärksten befürworten, während die Wählerschaft des rechten Flügels – insbesondere die Vox- und PP-Wählerschaft – die Auffassung vertritt, dass die Freiheitsrechte übermäßig stark eingeschränkt wurden. Am stärksten ist die Meinung, die Freiheitsrechte seien zu stark eingeschränkt worden, bei jüngeren Bürger*innen, Personen mit geringerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlich prekärer Lage verbreitet.

Abbildung 4 / Q39 – Ausgewogenheit der Regierungsmaßnahmen: persönliche Freiheitsrechte vs. öffentliche Gesundheit

- Die nationale Regierung hat überzogene Corona-Maßnahmen getroffen, die die persönlichen Freiheiten zu stark einschränken
- Die staatlichen Maßnahmen waren in etwa ausgewogen
- Die Regierung hat überzogene Maßnahmen getroffen und dadurch der öffentlichen Gesundheit in unverantwortlicher Weise geschadet



Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

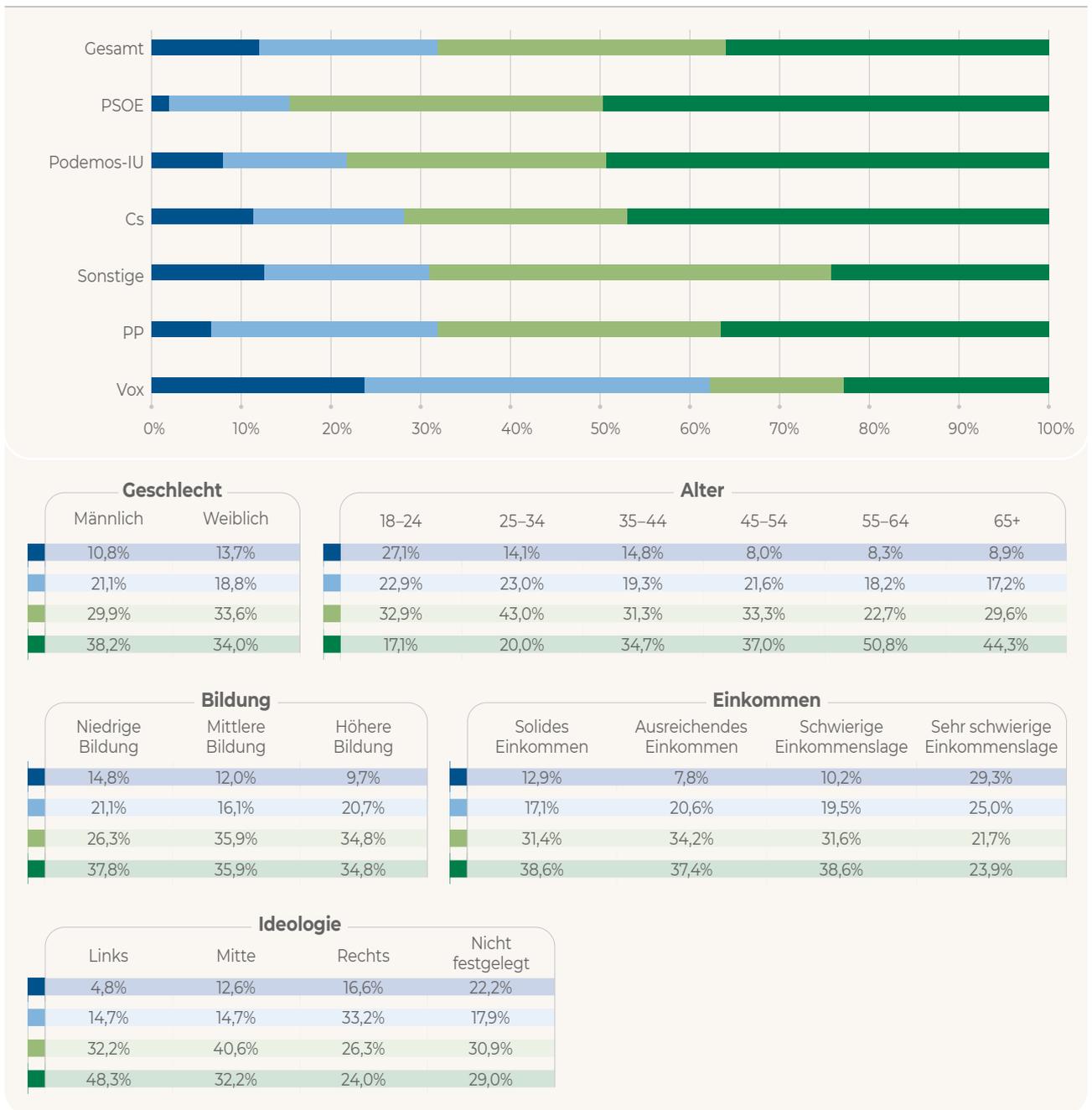
Zum Zeitpunkt der Umfrage gaben 68,1 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei einem entsprechenden Angebot der Gesundheitsbehörden impfen lassen würden. Dieser Prozentsatz ist weitaus niedriger als die aktuelle Impfquote in Spanien, die bei etwa 83 Prozent liegt. Ähnlich wie bei den oben genannten Tendenzen sind die Wähler*innen der Mitte- und Linksparteien am ehesten bereit, sich impfen zu lassen, während eine klare Mehrheit von etwa 60 Prozent der

Vox-Wählerschaft dies ablehnt. Überraschenderweise ist die Impfbereitschaft bei Frauen etwas geringer als bei Männern. Dass die Impfbereitschaft bei den jüngeren Befragten deutlich geringer ist als bei älteren Menschen, stimmt dagegen eher mit früheren Untersuchungsergebnissen überein. Ebenfalls gering ist die Impfbereitschaft bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsstand, bei Menschen mit geringem Einkommen, bei Befragten mit rechter Ausrichtung oder bei ideologisch nicht festgelegten Personen.

Abbildung 5 / Q52 – Wahrscheinlichkeit, sich impfen zu lassen

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie ein etwaiges Impfangebot der Gesundheitsbehörden annehmen?

Sehr unwahrscheinlich Eher unwahrscheinlich Eher wahrscheinlich Sehr wahrscheinlich



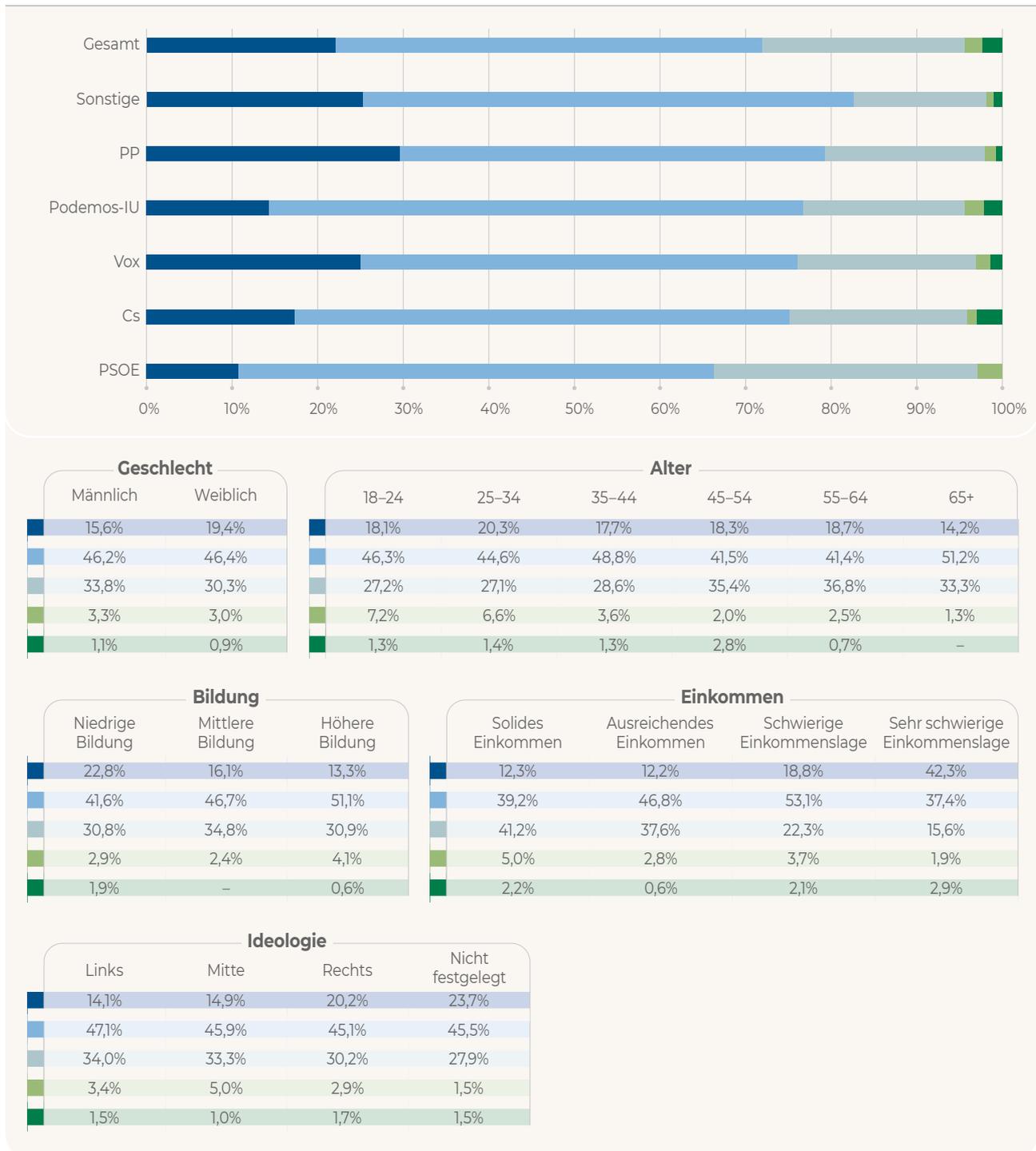
Auswirkungen von Covid-19 auf Lebensqualität und Arbeitsbedingungen

Nach den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität befragt, gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Mehr als 70 Prozent der Spanier*innen berichten von negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Am stärksten durch negative Folgen in ihrem Leben beeinträchtigt sehen sich die Wähler*innen kleinerer Parteien und die PP-Wählerschaft,

während in der PSOE-Wählerschaft der Anteil derjenigen, die von negativen Auswirkungen berichten, geringer ist. Frauen erlebten ebenso wie Menschen mit niedrigerem Bildungsstand und geringerem Einkommen eine stärkere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Die Wahrnehmung, von der Pandemie negativ betroffen zu sein, ist bei Bürger*innen aus dem rechten Spektrum und bei den ideologisch nicht Festgelegten stärker ausgeprägt als bei politisch gemäßigten und linken Befragten.

Abbildung 6 / Q74 – Wie würden Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Lebensqualität bewerten?

Sie hat mein Leben ... : ■ sehr verschlechtert ■ nicht verändert ■ sehr verbessert
■ etwas verschlechtert ■ etwas verbessert

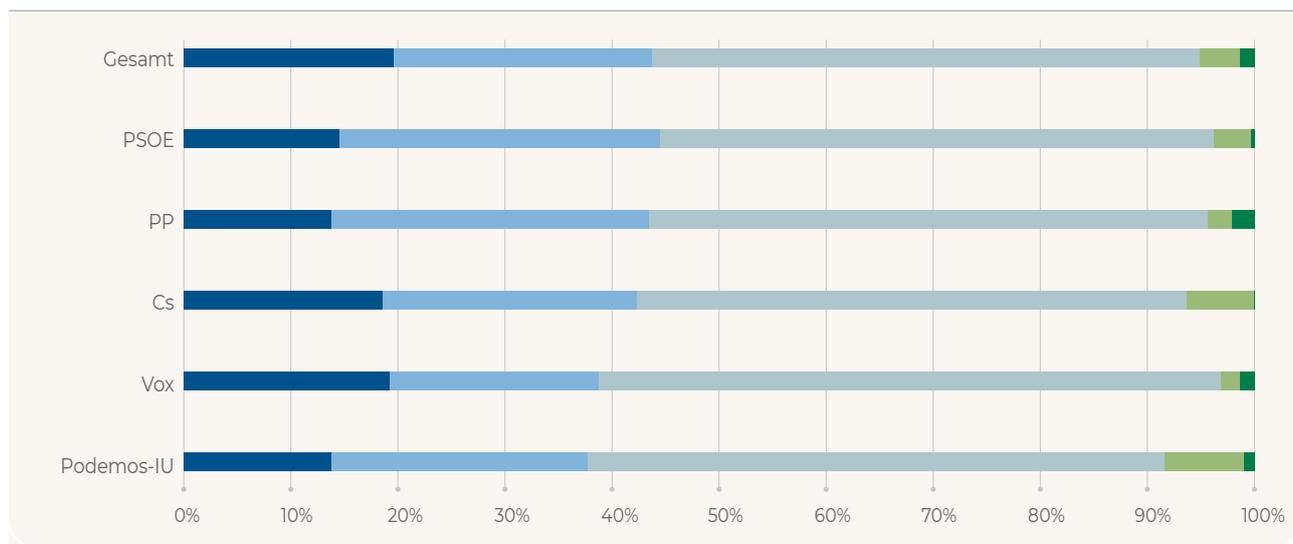


Eine dünne Mehrheit der spanischen Befragten sieht ihre Arbeitsbedingungen durch die Pandemie nicht beeinträchtigt (51,1 Prozent). Auf beiden Seiten des politischen Spektrums ist allerdings Folgendes festzustellen: Die Wählerschaft von PSOE und PP berichtet von einer sehr viel massiveren Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen

als die Wählerschaft von Podemos und Vox. Frauen, jüngere Befragte, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und Personen mit geringerem Einkommen und ideologisch nicht festgelegte Personen geben an, am stärksten negativ von der Pandemie betroffen zu sein.

Abbildung 7 / Q75 – Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf Ihre Arbeitsbedingungen?

Meine Arbeitsbedingungen ... :
■ haben sich massiv verschlechtert
■ sind etwas schlechter geworden
■ sind gleich geblieben
■ haben sich etwas verbessert
■ haben sich sehr verbessert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Massiv verschlechtert	15,3%	23,0%
Etwas schlechter geworden	22,9%	23,9%
Gleich geblieben	57,2%	47,4%
Etwas verbessert	3,3%	4,0%
Sehr verbessert	1,3%	1,6%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Massiv verschlechtert	24,8%	27,5%	23,0%	17,2%	17,9%	8,1%
Etwas schlechter geworden	26,6%	33,1%	28,0%	20,7%	25,6%	8,1%
Gleich geblieben	39,9%	31,7%	42,2%	55,3%	54,3%	82,5%
Etwas verbessert	7,3%	4,8%	4,8%	4,7%	1,5%	1,3%
Sehr verbessert	1,4%	2,9%	2,1%	2,0%	0,8%	-

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Massiv verschlechtert	25,9%	16,2%	14,4%
Etwas schlechter geworden	17,2%	24,1%	28,3%
Gleich geblieben	52,6%	55,4%	50,3%
Etwas verbessert	2,8%	2,8%	5,3%
Sehr verbessert	1,5%	1,4%	1,7%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Massiv verschlechtert	9,6%	11,3%	27,2%	50,0%
Etwas schlechter geworden	16,8%	25,2%	26,9%	18,9%
Gleich geblieben	64,3%	59,5%	41,2%	26,3%
Etwas verbessert	5,1%	3,1%	3,9%	3,1%
Sehr verbessert	4,1%	0,9%	0,7%	1,8%

Ideologie

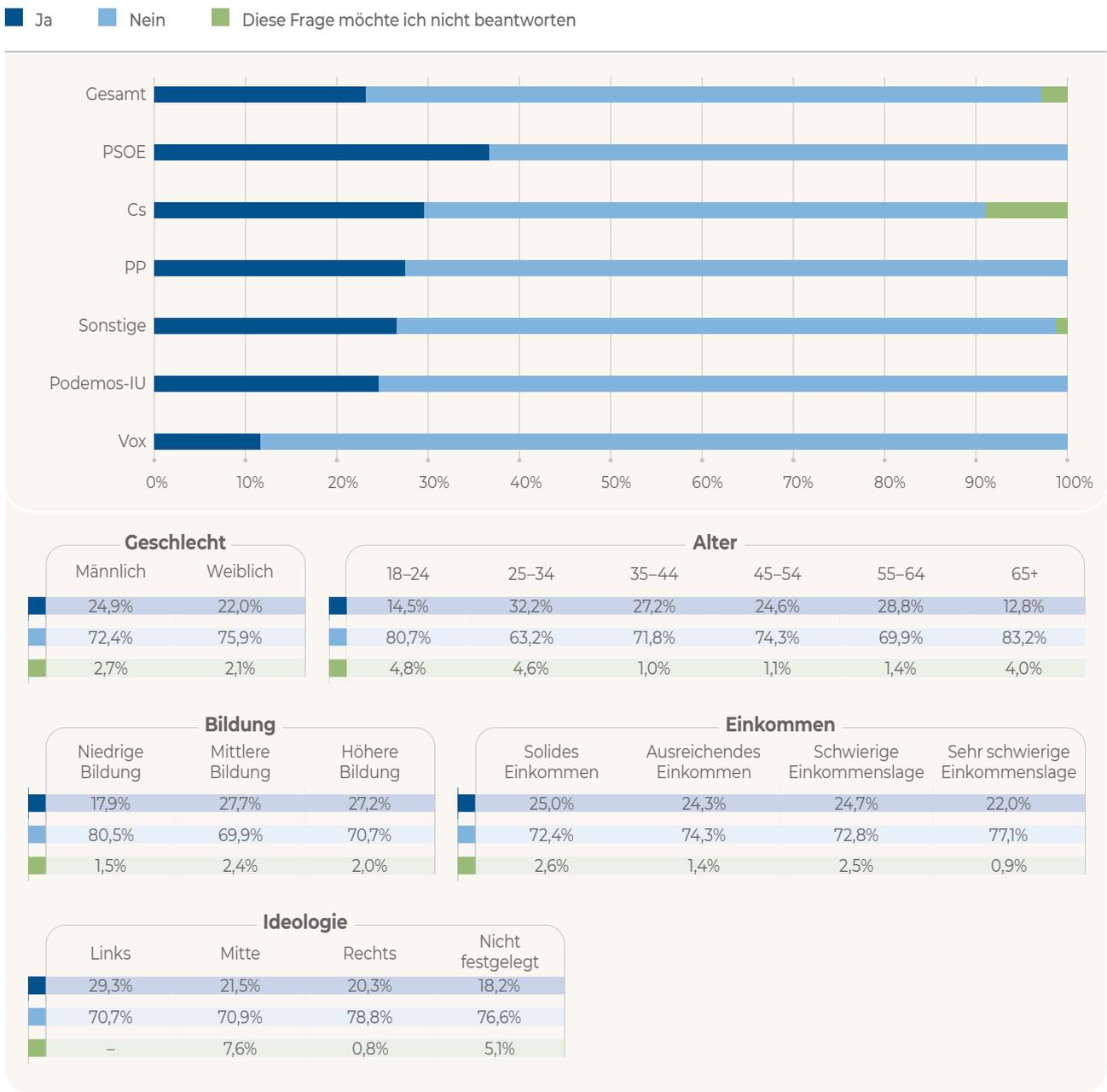
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Massiv verschlechtert	16,0%	19,4%	15,0%	30,2%
Etwas schlechter geworden	26,7%	19,4%	24,2%	20,0%
Gleich geblieben	52,0%	57,0%	56,1%	41,5%
Etwas verbessert	4,7%	1,8%	3,3%	3,2%
Sehr verbessert	0,6%	2,5%	1,4%	5,1%

Kontaktverfolgungs-App

Ein eher geringer Anteil der Befragten von nur 23,4 Prozent hat die nationale Kontaktverfolgungs-App (Radar COVID) installiert. Der Anteil derjenigen, die die App installiert haben, ist bei den Wähler*innen der Regierungspartei PSOE und der Partei Ciudadanos höher als in anderen Wählergruppen, insbesondere höher als bei der Wählerschaft von Vox

und Podemos. Am niedrigsten war der Anteil derjenigen, die sich für die Installation der Corona-Warn-App entschieden, bei den Menschen mit geringer Bildung und den in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Personen sowie bei den Wähler*innen des rechten Spektrums und den ideologisch nicht festgelegten Befragten.

Abbildung 8 / Q61 – Haben Sie die nationale Kontaktverfolgungs-App (Radar COVID) installiert?



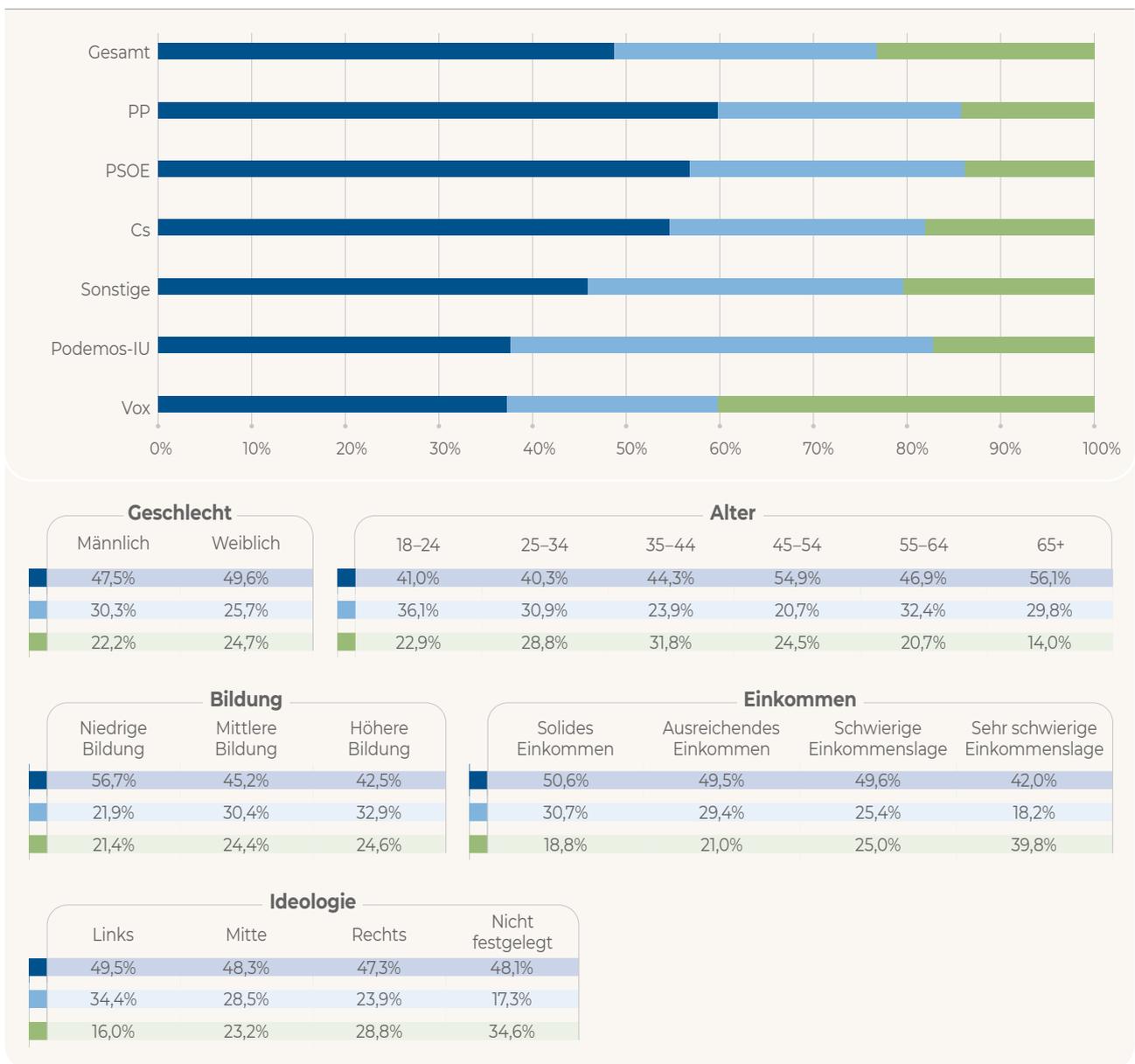
Impfpflicht

Mehr als 75 Prozent der spanischen Befragten sind der Meinung, dass es eine Impfpflicht gegen COVID-19 geben sollte. Die Wählerschaft der Mitte-Parteien PP, PSOE und Ciudadanos sind am entschiedensten für eine Impfpflicht, während die Wählerschaft der Vox und – in geringerem Maße – von Podemos-IU am vehementesten dagegen sind. Erwähnenswert ist jedoch, dass mehr als die Hälfte aller Wählergruppen irgendeine Form von Impfpflicht befürwortet. Bei den älteren Befragten ist der Anteil der Impfpflichtbe-

fürworter sehr viel höher als bei den jüngeren; dasselbe gilt für Wähler*innen, die ein höheres Einkommen haben oder ideologisch links stehen – wobei bei Letzteren die Zustimmung zu einer Impfpflicht als Voraussetzung für den Zutritt zum öffentlichen Raum sehr viel höher ist. Auch ist der Anteil der Impfpflichtbefürworter bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau höher als in anderen Wählergruppen – im Unterschied zu anderen Ländern, in denen der Anteil der Impfpflichtbefürworter bei den Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau am größten ist.

Abbildung 9 / Q21G – Impfpflicht

- Die Covid-19-Impfung sollte für alle verpflichtend sein
- Die Covid-19-Impfung sollte für den Zutritt zum öffentlichen Raum und für soziale Aktivitäten verpflichtend sein
- Die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich impfen lassen oder nicht, ohne dass es für sie Folgen hat



Vertrauen in Institutionen, Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen und öffentliche Wahrnehmung der Corona-Pandemie

Der Index »Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen« beinhaltet 5 Einzelfragen, anhand derer die Befragten die Maßnahmen bewerten sollten, die von verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen wurden. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« umfasst 6 Einzelfragen, in denen die Teilnehmer*innen der Umfrage anhand einer 10-Punkte-Skala von 0 »überhaupt kein Vertrauen« bis 10 »volles Vertrauen« gefragt wurden, inwieweit sie verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen. Alle Fragen aus den Streudiagrammen wurden anhand einer 10-Punkte-Skala beantwortet. Bei allen im Länderbericht erfassten Indizes zeigen niedrigere Punktzahlen ein geringes Maß und höhere Punktzahlen ein hohes Maß an Unterstützung/Zustimmung für die ge-

messenen Sachverhalte an (z. B. bedeutet eine niedrigere Punktzahl im Index »Vertrauen in die Institutionen«, dass die Befragten diesen nur wenig vertrauen). Für zahlreiche Befragtengruppen wurden die Durchschnittswerte jeweils in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt, das die verschiedenen Bevölkerungssegmente nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommensknappheit, politischer Orientierung und Parteineigung erfasst.

Zwischen den beiden Indizes besteht eindeutig ein linearer Zusammenhang: Je mehr Vertrauen die Befragten in die Institutionen haben, desto eher unterstützen sie die Covid-Maßnahmen. Insbesondere die Wählerschaft der gemäßigten Mitte- und Linksparteien, über 45-Jährige und Frauen unterstützen am entschiedensten die Maßnahmen gegen die Pandemie und haben auch das größte Vertrauen in die Institutionen. Auf der anderen Seite ha-

Abbildung 10 – Unterstützung für Covid-Maßnahmen

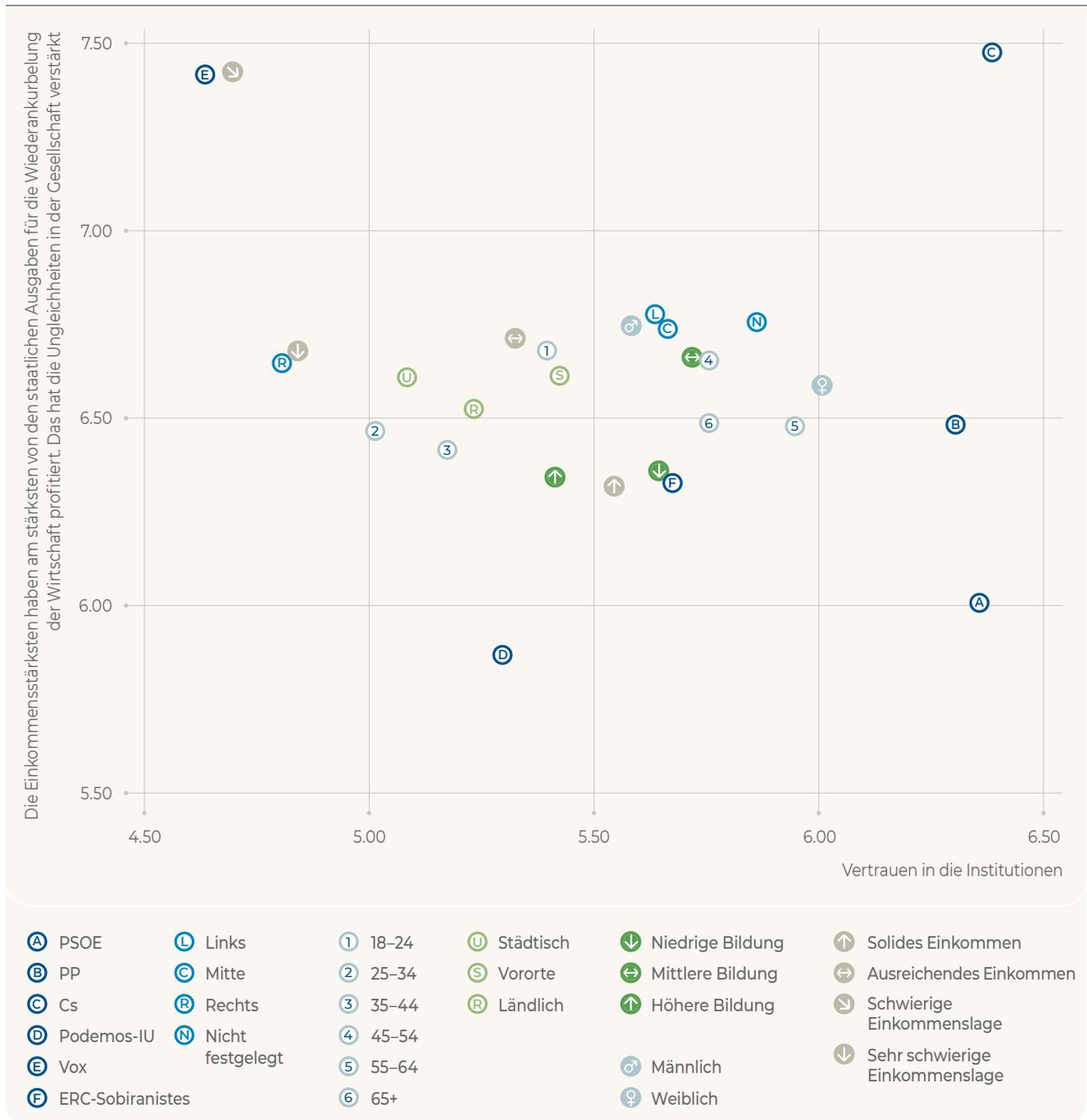


ben Vox-Wählerschaft und Befragte, die sich in einer besonders prekären wirtschaftlichen Situation befinden, sehr viel weniger Vertrauen in die Institutionen und unterstützen die Covid-Maßnahmen sehr viel weniger.

Bei der Frage, wer von den öffentlichen Ausgaben während der Pandemie profitiert hat, zeigt sich deutlich, dass die Wählerschaft von Vox und Ciudadanos sowie diejenigen am unteren Ende der Einkommensverteilung der Meinung sind, dass die Einkommensstärksten am meisten von den staatlichen Ausgaben für die Wiederankurbelung der Wirtschaft profitiert haben. Bei den Befragten mit höherem Bil-

dungsniveau, den Befragten mit höherem Einkommen sowie bei der Wählerschaft von Podemos und PSOE ist die Meinung, die öffentlichen Ausgaben seien den Wohlhabendsten zugutegekommen, weniger weit verbreitet. Dabei ist allerdings mitzubedenken, dass diese Frage auf der vertikalen Achse mit einer 10-Punkte-Skala zu beantworten war und alle Befragtengruppen in der Grafik über dem Mittelwert der Skala liegen, was darauf hindeutet, dass die Öffentlichkeit mit der Handhabung der öffentlichen Ausgaben während der Pandemie eher unzufrieden ist. Allgemein herrscht die Meinung vor, die Pandemie habe die bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt.

Abbildung 11 – Nutznießer öffentlicher Ausgaben



In der Frage, ob Maßnahmen gegen die Pandemie gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, sind die Spanier*innen offensichtlich geteilter Meinung. Die Vox-Wähler*innen weichen hier am stärksten ab, zusammen mit den Befragten, die der politischen Mitte zuzuordnen sind, und denjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie für verfassungswidrig und antidemokratisch halten, am geringsten.

wie der PP-Wählerschaft. Viele Befragtengruppen vertreten bei diesem Thema indes eine eher gemäßigte Position. Bei den Wähler*innen der linken Parteien und bei Personen in einer besonders prekären wirtschaftlichen Situation ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Pandemie für verfassungswidrig und antidemokratisch halten, am geringsten.

Abbildung 12 – Covid-Maßnahmen und Verfassungsprinzipien



Die meisten spanischen Befragten teilen die Ansicht, die Pandemie habe die Spaltung der Bevölkerung vertieft. Am stärksten vertreten ist diese Meinung bei Vox-Wähler*innen, Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei den 25- bis 34-Jährigen..

Anhand der unterschiedlichen Ergebnisse in den beiden Erhebungswellen lässt sich aufzeigen, wie sich die Index-Mittelwerte für jede soziodemografische Befragten-Gruppe im zeitlichen Verlauf verändert haben. Hier zeichnet sich eine klare Tendenz ab: Im Vergleich zu 2020 ist im

Abbildung 13 – Covid-19 und gesellschaftliche Spaltung

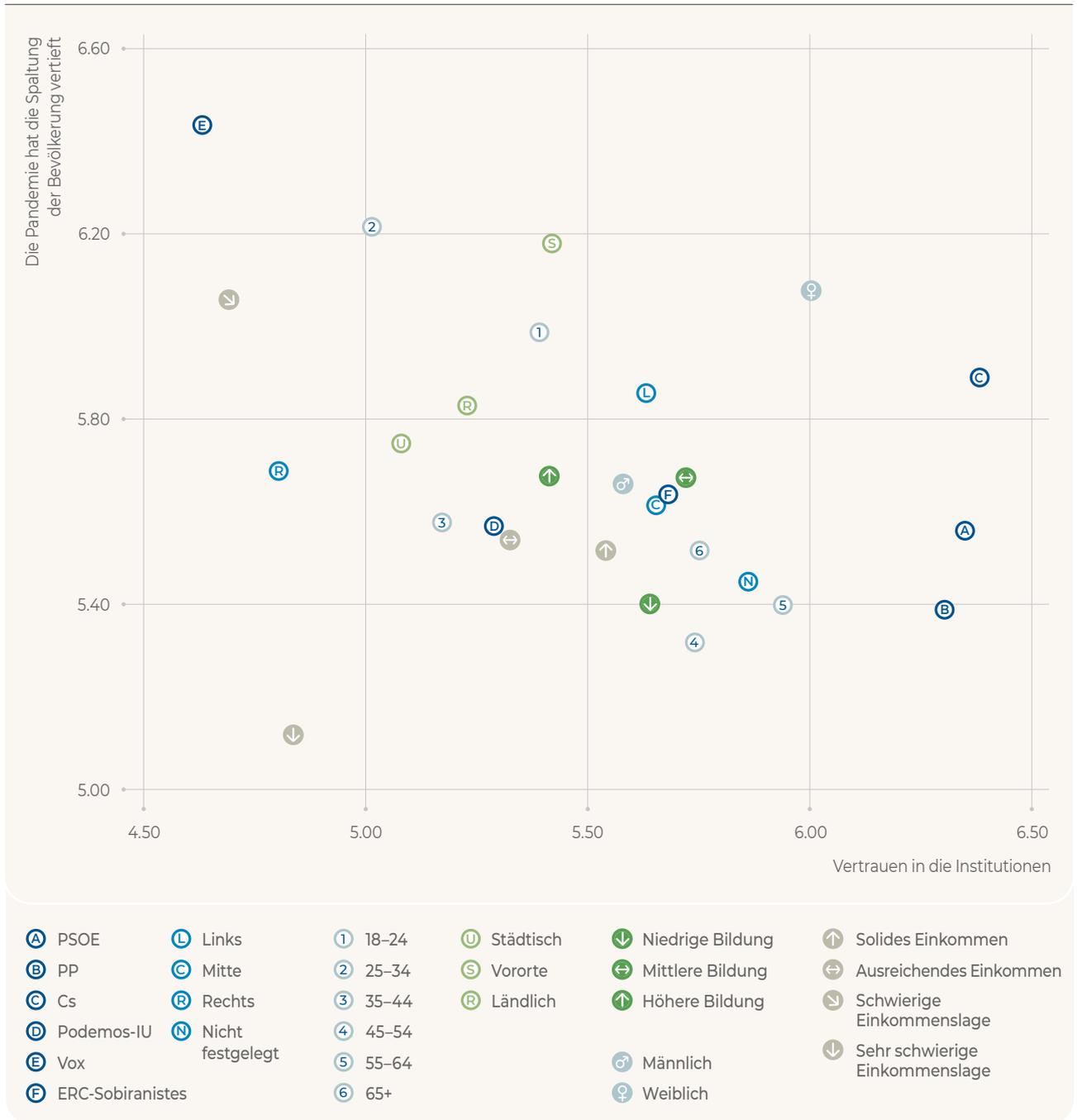
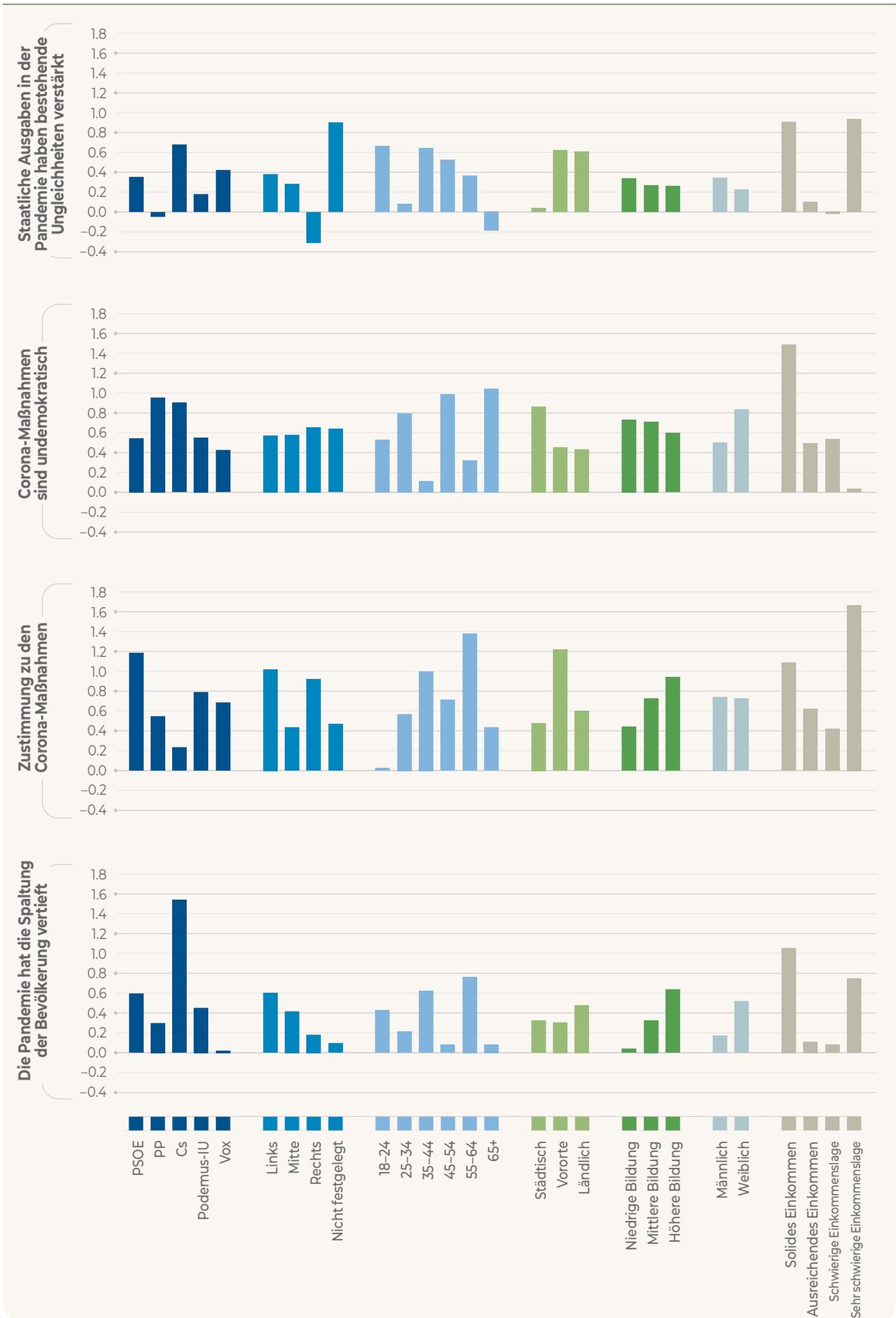


Abbildung 14



Jahr 2021 bei allen Befragtengruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten. Die Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen nahm in allen Wählergruppen deutlich zu. Auf der anderen Seite waren 2021 mehr Befragte der Meinung, die Maßnahmen seien undemokratisch und die öffentlichen Investitionen während der Pandemie hätten die Ungleichheiten verschärft.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 1

- Die Mehrheit der spanischen Befragten ist sich zwar bewusst, dass die Covid-19-Pandemie gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. In Bezug auf die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und die Impfkampagne ist die Gesellschaft jedoch polarisiert.
- Während die große Mehrheit der Spanier*innen besorgt ist, dass Corona im Fall einer Erkrankung ihre Gesundheit gefährden könnte, halten es die meisten für unwahrscheinlich, dass sie sich mit dem Virus anstecken werden. Die wenigsten Sorgen über das Virus machen sich Wähler*innen von Podemos und Vox.
- Fast die Hälfte der Spanier*innen ist der Ansicht, die Regierung habe die richtigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ergriffen, unabhängig von den Folgen für die Wirtschaft und die persönlichen Freiheitsrechte. Jüngere Befragte, Personen mit geringerem Bildungsniveau und politisch rechts stehende sowie Menschen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die Vox- und PP-Wählerschaft äußerten sich am kritischsten zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen.
- Während der Großteil der Befragten bereit ist, sich impfen zu lassen, geben die Vox-Wählerschaft sowie jüngere Befragte, Befragte mit geringerem Bildungsniveau und Menschen mit schwieriger Einkommenslage mehrheitlich an, dass sie die Impfung (sehr) wahrscheinlich nicht in Anspruch nehmen werden.
- Mit Blick auf die Verschlechterung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nimmt die Mehrheit der spanischen Bevölkerung negative Auswirkungen wahr, insbesondere was die Lebensqualität betrifft, während die Arbeitsbedingungen der meisten Spanier*innen weitgehend unverändert blieben. Offenkundig ist, dass die jüngeren Befragten, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und die Einkommensschwächsten sich sowohl in ihrem Lebensstandard als auch ihren Arbeitsverhältnissen am stärksten von den negativen Folgen der Pandemie betroffen sehen.
- Mehrheitlich sind die Spanier*innen der Meinung, dass es eine Impfpflicht geben sollte, zumindest wenn es um den Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen geht. Bei den Vox-Wähler*innen, den Befragten mit schwieriger Einkommenslage und bei den ideologisch nicht festgelegten ist die Ablehnung einer Impfpflicht am stärksten ausgeprägt.
- Je mehr Vertrauen die Befragten zu den Institutionen haben, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Covid-Maßnahmen. Vor allem bei Frauen und bei den Wähler*innen linker Parteien sowie den Befragten mit höherem Bildungsniveau und höherem Einkommen ist der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen gegen die Pandemie befürworteten, am höchsten. Bei ihnen ist auch das Vertrauen in die Institutionen am größten, während Vox-Wähler*innen sowie Menschen mit schwieriger Einkommenslage die Maßnahmen am entschiedensten ablehnen und nur wenig Vertrauen in die Politik haben.
- In der Frage, ob die Corona-Maßnahmen gegen rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze verstoßen, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Am stärksten vertreten ist die Meinung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie würden demokratische Freiheiten beschneiden, bei der Wählerschaft von PP, Vox und Parteien der Mitte sowie bei Personen mit schwieriger Einkommenslage.
- Im Vergleich zu 2020 ist im Jahr 2021 bei fast allen Befragtengruppen die Meinung, dass die Pandemie die Spaltung zwischen den Menschen vertieft habe, stärker vertreten.



KAPITEL 2

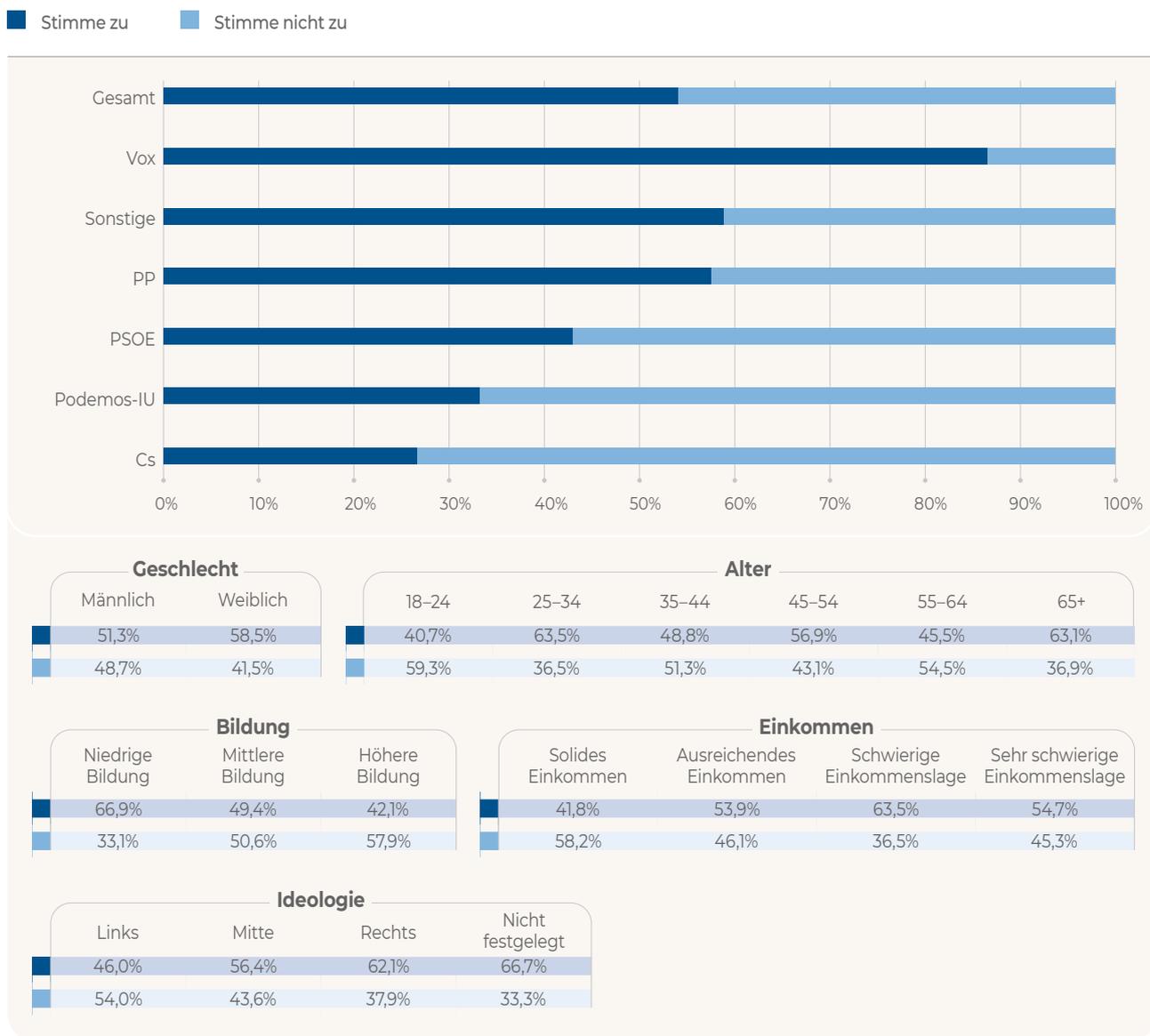
DIE WÄHLERSCHAFT DER VOX,
PP UND KLEINERER PARTEIEN
SIND EMPFÄNGLICHER FÜR
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN



Was den Fragekomplex »Verschwörungsglauben« betrifft, so findet bei den Spanier*innen die These »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe« die größte Zustimmung – 54 Prozent der Befragten geben an, diese Aussage zu glauben; dies ist der höchste Prozentsatz aller in der Erhebung erfassten Länder. Die Vox-Wählerschaft stimmt ihr am ehesten zu (86

Prozent), während Wähler*innen von Ciudadanos und Podemos dies am wenigsten tun. Frauen, 25- bis 34-jährige sowie über 65-jährige Befragte, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau, Menschen mit schwieriger Einkommenslage, politisch rechts Stehende oder ideologisch nicht festgelegte Befragte glauben tendenziell eher an diese Verschwörungstheorie.

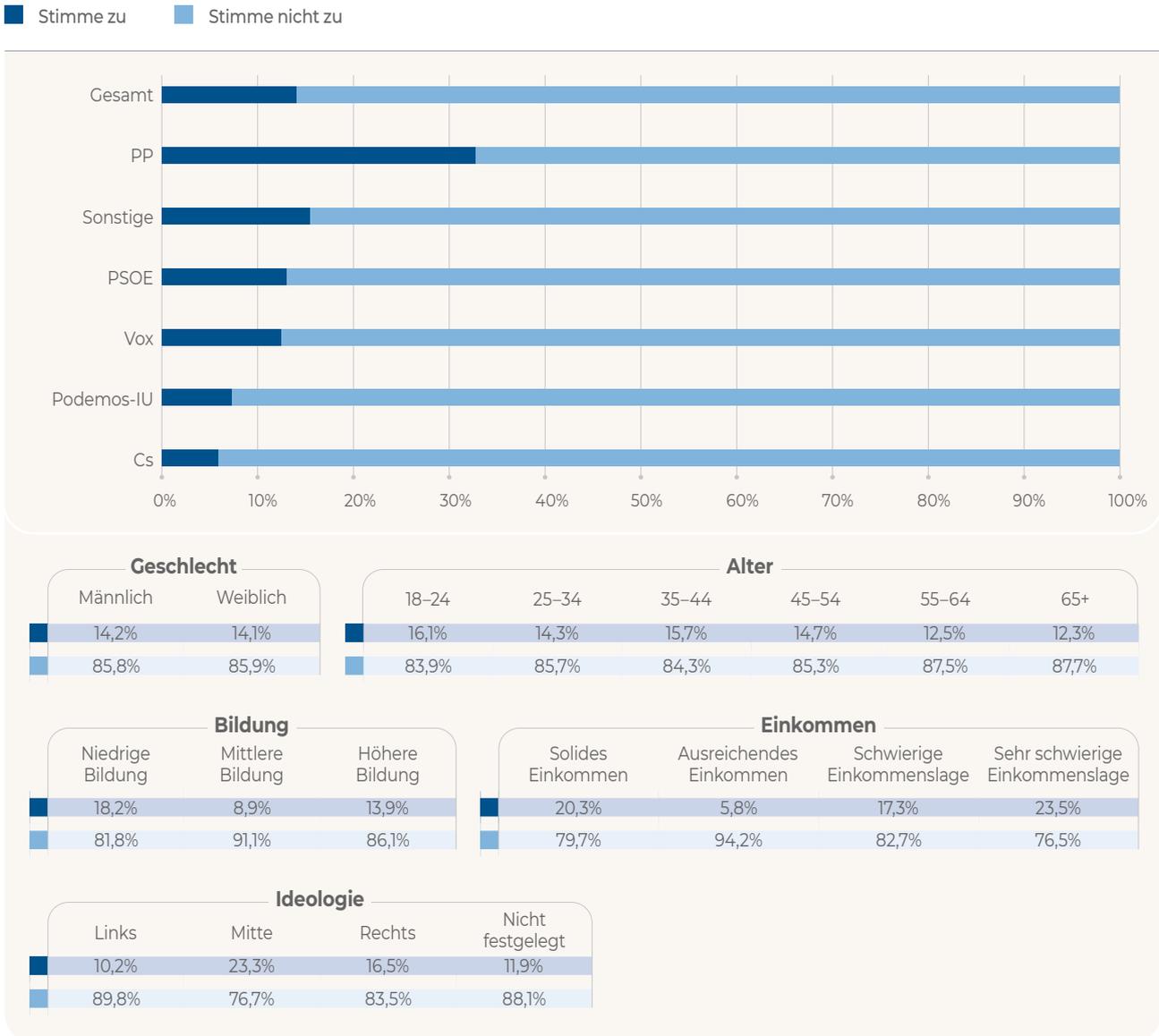
Abbildung 15 / Q57XB – »Das Virus ist eine absichtlich von China freigesetzte biologische Waffe«



Die Verschwörungsthese »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus« trifft nur auf geringe Zustimmung. 14 Prozent der Befragten geben an, diese These zu glauben. Die PP-Wählerschaft stimmt ihr am ehesten zu, während Wähler*innen von Ciudadanos und Podemos dies am wenigsten tun. Im Ver-

gleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, am höchsten bei Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, Menschen mit besonders schwieriger Einkommenslage sowie ideologisch in der Mitte stehenden Befragten.

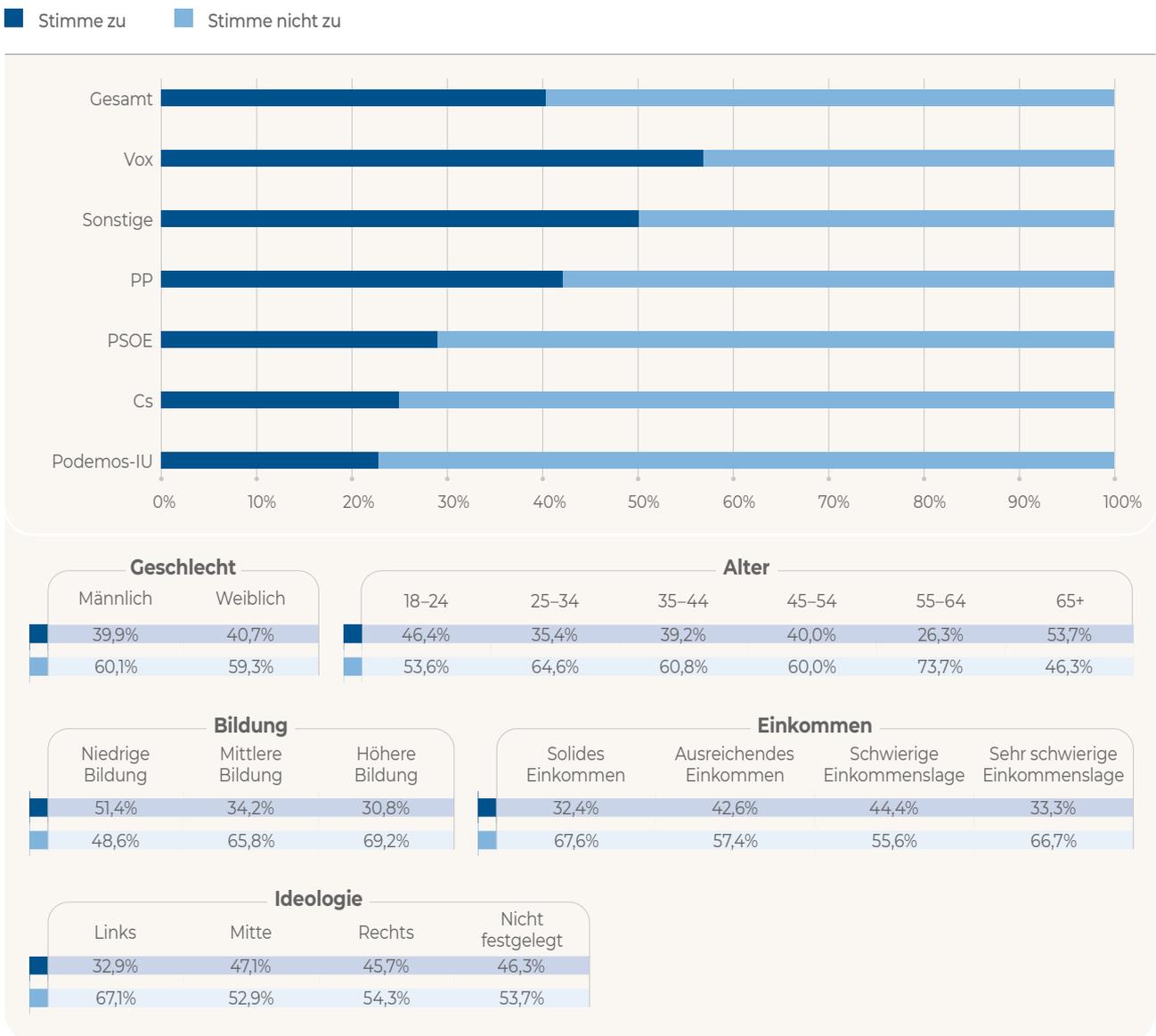
Abbildung 16 / Q57XB – »Die 5G-Technologie sorgt für eine schnellere Ausbreitung des Coronavirus«



Die Verschwörungstheorie »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen« findet mit 40 Prozent der von ihr überzeugten Befragten eine relativ hohe Zustimmung. Die Vox-Wählerschaft stimmt ihr mehrheitlich zu (57 Prozent), während Wähler*innen von

Ciudadanos und Podemos dies am wenigsten tun. Gering Gebildete sowie Befragte, die 65 Jahre oder älter sind, sowie Einkommensschwache und politisch in der Mitte und rechts stehende Personen sind am ehesten bereit zu glauben, multinationale Pharmaunternehmen hätten das Virus zu ihrem ökonomischen Vorteil in Umlauf gebracht.

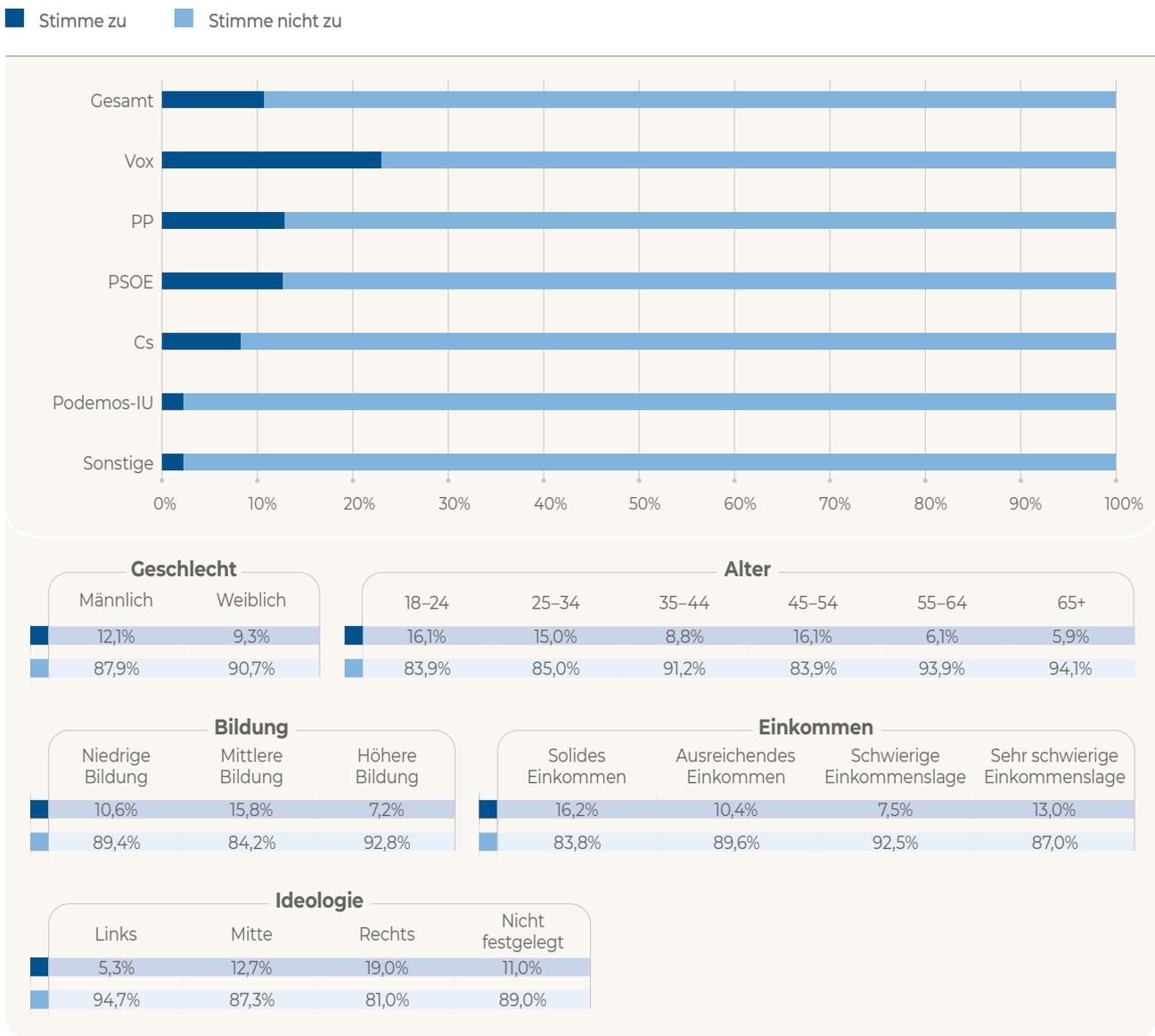
Abbildung 17/Q57XB – »Das Virus wurde von multinationalen Pharmakonzernen verbreitet, die jetzt mit dem Verkauf des Impfstoffs gigantische Gewinne machen wollen«



An wenigsten stößt die Behauptung »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung« auf Zustimmung – nur 10,8 Prozent der Befragten bezweifeln, dass das Virus eine echte Bedrohung darstellt. Vox-Wähler*innen stimmen ihr am ehesten zu, während bei der Wählerschaft von kleineren Parteien und Podemos die Meinung, das Coronavirus sei eine Falschmeldung, am wenigsten verbreitet ist. Im Ver-

gleich zu anderen demografischen Gruppen ist die Bereitschaft, an diese Verschwörungstheorie zu glauben, höher bei jüngeren Befragten, bei Menschen mit mittlerem Bildungsniveau, Menschen mit solidem Einkommen und Menschen mit schwieriger Einkommenslage sowie ideologisch rechts stehenden.

Abbildung 18 / Q57XB – »Das Coronavirus ist eine Falschmeldung«



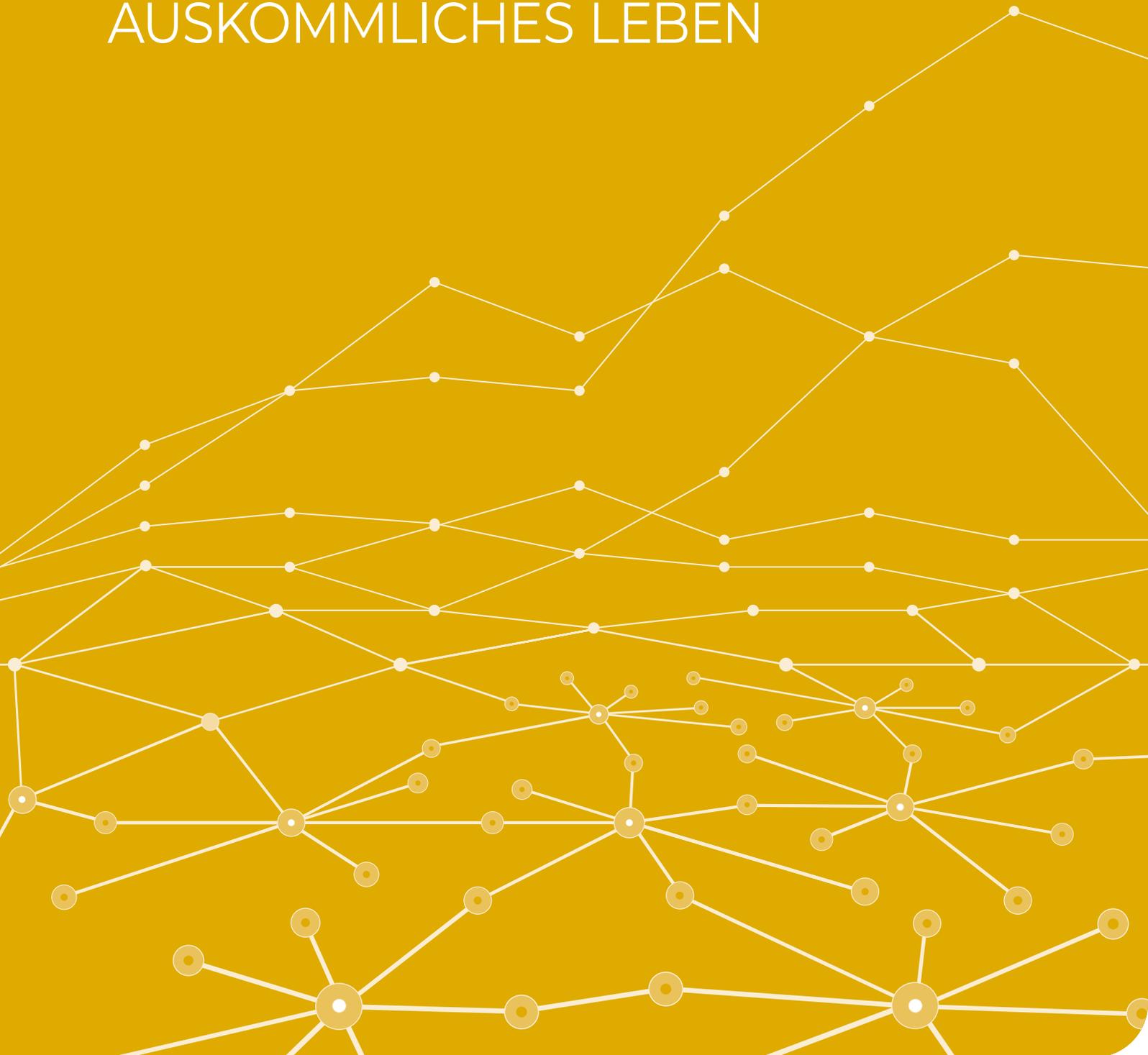
DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 2

- Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien über die Corona-Pandemie erstaunt es nicht, dass ein unerwartet hoher Anteil der spanischen Bürger*innen einige von ihnen für wahr hält.
- Die Wählerschaft von Vox, PP und kleineren Parteien bekennt sich – ebenso wie Wähler*innen mit geringem Bildungsstand Befragten mit schwieriger Einkommenslage – deutlich häufiger zu Verschwörungsthesen als andere Wählergruppen.
- Die Verschwörungstheorie, das Virus sei absichtlich von China in Umlauf gebracht und von Pharmakonzernen verbreitet worden, findet in der spanischen Öffentlichkeit die größte Unterstützung: 54 bzw. 45 Prozent der Befragten glauben daran.
- Eine erhebliche Zahl der Befragten stimmt auch den beiden anderen Verschwörungsthesen zu, obwohl dies angesichts der Abwegigkeit dieser Behauptungen nicht zu erwarten war. 14 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, die 5G-Technologie träge dazu bei, dass sich das Virus schneller ausbreitet, und 11 Prozent gehen davon aus, es handle sich bei der Verbreitung des Coronavirus um eine Falschmeldung.
- Entgegen der landläufigen Meinung legen die Daten den Schluss nahe, dass der Glaube an Verschwörungsthesen in Spanien weit verbreitet ist. Offenbar ist in Krisenzeiten die öffentliche Meinung empfänglicher für suggestive Botschaften, die von Populisten und Organisationen mit möglicherweise antidemokratischen Bestrebungen verbreitet werden.



KAPITEL 3

60 PROZENT DER SPANIER*INNEN
FÜHREN NACH EIGENER AUSSAGE
EIN KOMFORTABLES ODER
AUSKÖMMLICHES LEBEN



Ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

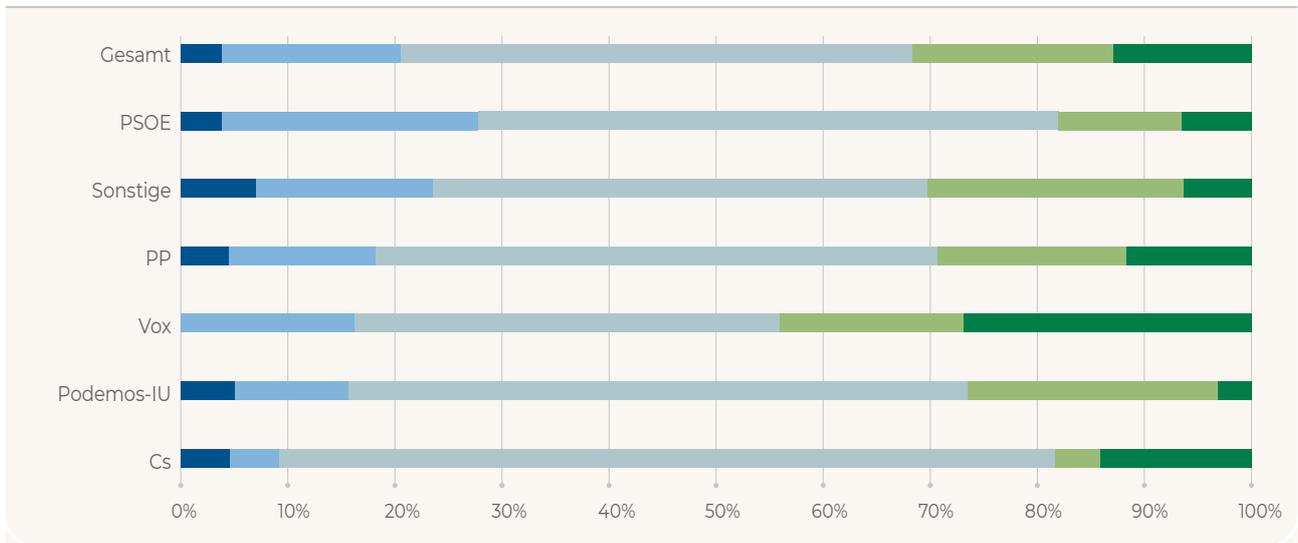
Eine große Minderheit der spanischen Befragten (48,2 Prozent) gibt an, dass sich ihre wirtschaftliche Lage während der Pandemie im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 nicht verändert hat. Nachvollziehbarerweise meinen nur 20,5 Prozent, ihre Situation habe sich verbessert, während sich für etwa 31 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Situation seit 2020 verschlechtert hat. PSOE-Wähler*innen haben sich nach eigenen Angaben am häufigsten verbessert, bei der Wählerschaft von Ciudadanos ist das

Gegenteil der Fall. Die Wählerschaft von Ciudadanos und PSOE ist die Gruppen, deren wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 2020 weitgehend unverändert geblieben ist. Der Anteil der Befragten, deren wirtschaftliche Situation sich verschlechtert hat, ist am höchsten bei den Vox-Wähler*innen, jüngeren Befragten, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Einkommensschwachen sowie bei den politisch rechts Stehenden und den ideologisch nicht Festgelegten.

Abbildung 19 / Q27 – Die ökonomische Situation 2021 im Vergleich zu 2020

Hat sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation im Vergleich zu Ende 2020 ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ nicht verändert ■ etwas verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	3,6%	1,5%
etwas verbessert	11,7%	10,2%
nicht verändert	48,0%	45,4%
etwas verschlechtert	20,2%	25,1%
massiv verschlechtert	16,5%	17,8%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	5,0%	4,8%	4,4%	2,7%	1,7%	1,7%
etwas verbessert	18,0%	10,3%	13,5%	13,7%	7,3%	6,5%
nicht verändert	39,1%	41,4%	36,5%	45,5%	52,4%	57,9%
etwas verschlechtert	22,4%	23,6%	26,0%	20,5%	21,6%	21,0%
massiv verschlechtert	15,6%	19,9%	19,6%	17,6%	17,1%	13,8%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	2,9%	1,4%	3,1%
etwas verbessert	9,9%	10,5%	12,2%
nicht verändert	43,5%	49,4%	48,5%
etwas verschlechtert	21,0%	23,9%	23,9%
massiv verschlechtert	22,8%	14,8%	12,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	7,0%	1,3%	1,6%	1,1%
etwas verbessert	15,8%	12,7%	9,0%	1,5%
nicht verändert	60,0%	54,7%	37,7%	13,8%
etwas verschlechtert	10,5%	22,8%	33,5%	20,3%
massiv verschlechtert	6,7%	8,5%	18,2%	63,3%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	3,4%	2,0%	2,0%	2,0%
etwas verbessert	12,4%	11,3%	10,2%	7,9%
nicht verändert	49,0%	49,5%	43,3%	43,0%
etwas verschlechtert	23,2%	21,8%	23,0%	22,1%
massiv verschlechtert	11,9%	15,4%	21,5%	24,9%

Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

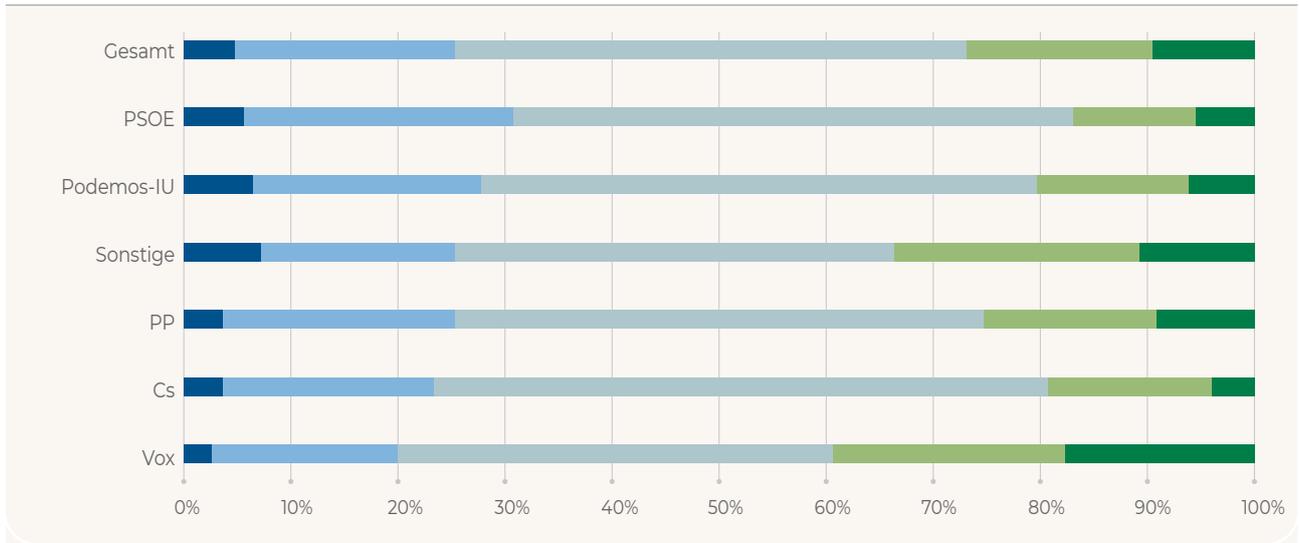
Was die Wirtschaftserwartungen für die nächsten 12 Monate betrifft, gehen 47,6 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre ökonomische Situation sich nicht ändern wird. Allerdings sind mehr Wähler*innen pessimistisch (29,6 Prozent) als optimistisch (23 Prozent). Die Wählerschaft von

PSOE und kleinen Parteien hat die positivsten, die Vox-Wählerschaft die negativsten Erwartungen an das kommende Jahr. Letzteres trifft auch auf die befragten Personen mittleren Alters, Menschen geringeren Bildungsniveaus und Menschen mit prekären Einkommensverhältnissen sowie auf die Befragten des rechten Spektrums zu.

Abbildung 20 / Q28 – Wirtschaftliche Zukunftserwartungen

Meinen Sie, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Situation in den nächsten 12 Monaten ...

■ sehr verbessert ■ etwas verbessert ■ gleich bleibt ■ verschlechtert ■ massiv verschlechtert



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
sehr verbessert	5,9%	4,3%
etwas verbessert	20,5%	19,0%
gleich bleibt	47,9%	48,0%
verschlechtert	16,2%	19,9%
massiv verschlechtert	9,5%	8,7%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
sehr verbessert	12,6%	9,2%	4,4%	5,2%	3,2%	3,2%
etwas verbessert	36,3%	28,4%	22,5%	16,9%	18,8%	8,3%
gleich bleibt	36,5%	36,0%	46,2%	49,4%	50,6%	57,0%
verschlechtert	8,2%	17,3%	16,7%	18,7%	15,4%	24,4%
massiv verschlechtert	6,3%	9,2%	10,2%	9,8%	12,0%	7,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
sehr verbessert	5,6%	3,2%	5,5%
etwas verbessert	14,3%	20,0%	25,0%
gleich bleibt	46,0%	53,8%	46,3%
verschlechtert	21,2%	15,2%	17,1%
massiv verschlechtert	12,9%	7,8%	6,1%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
sehr verbessert	8,9%	3,5%	4,2%	4,8%
etwas verbessert	25,5%	19,4%	17,7%	19,4%
gleich bleibt	56,9%	54,9%	42,0%	20,2%
verschlechtert	6,7%	16,9%	25,9%	26,1%
massiv verschlechtert	1,9%	5,4%	10,2%	29,5%

Ideologie

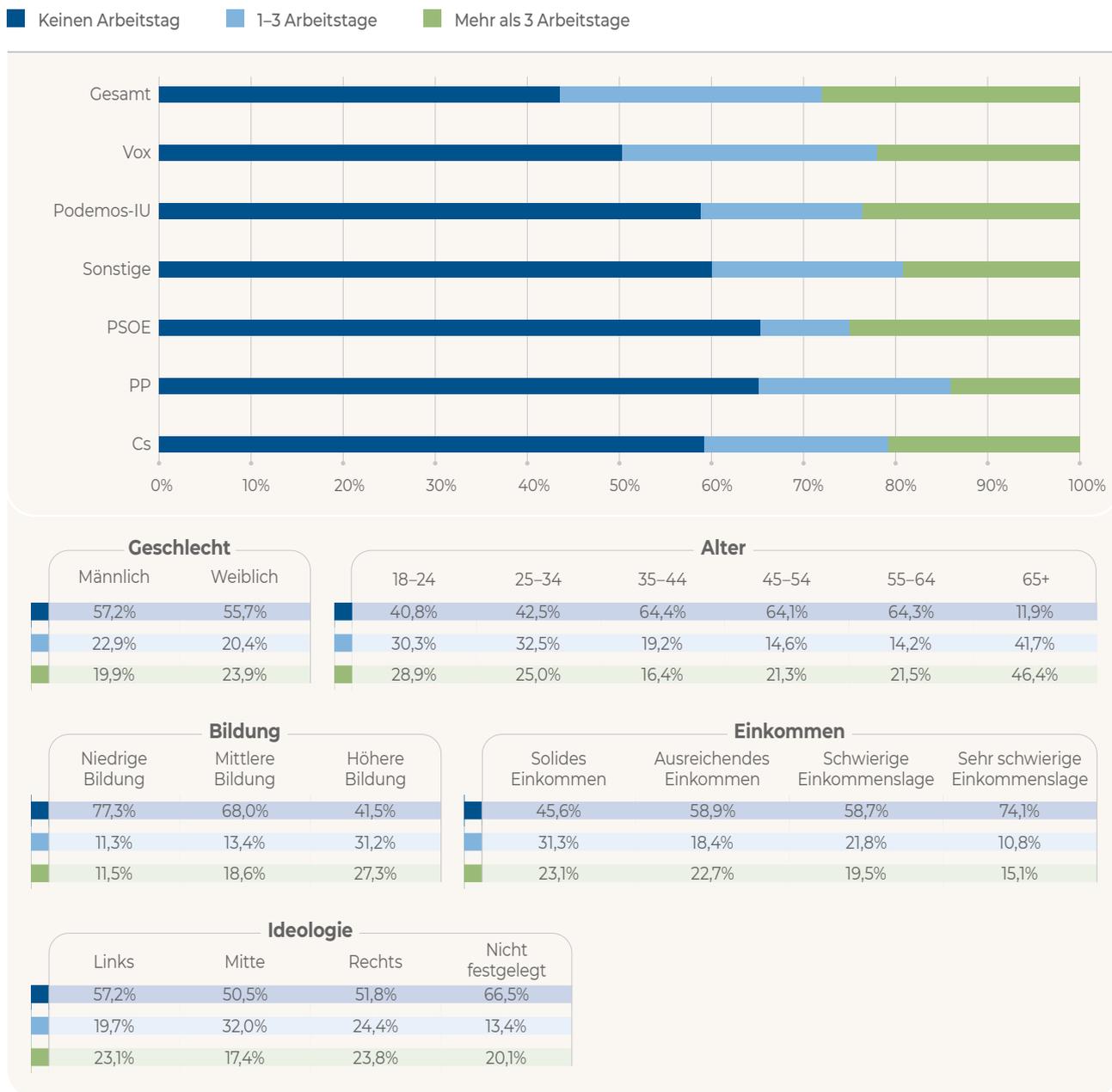
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
sehr verbessert	4,8%	5,9%	4,9%	5,0%
etwas verbessert	20,9%	19,7%	18,7%	18,4%
gleich bleibt	53,0%	46,0%	44,2%	43,4%
verschlechtert	14,2%	20,1%	21,7%	19,8%
massiv verschlechtert	7,1%	8,3%	10,5%	13,3%

Arbeiten von zu Hause aus

Die Mehrheit aller Wählergruppen mit Ausnahme der Ciudadanos-Wähler hat zum Zeitpunkt der Datenerhebung – November 2020/2021 – in der Vorwoche nicht von zu Hause aus gearbeitet. Die Wähler*innen von Vox und Podemos arbeiteten am seltensten von zu Hause aus, während die

Wählerschaft von Ciudadanos die meiste Zeit im Homeoffice verbrachte. Frauen, jüngere Befragte (18 bis 34 Jahre), Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsniveau arbeiteten häufiger von zu Hause aus als andere Gruppen, ebenso wie ideologisch nicht festgelegte Befragte.

Abbildung 21 / Q9 – »Wie häufig haben Sie in der letzten Woche von zu Hause aus gearbeitet?«



Einkommenssituation

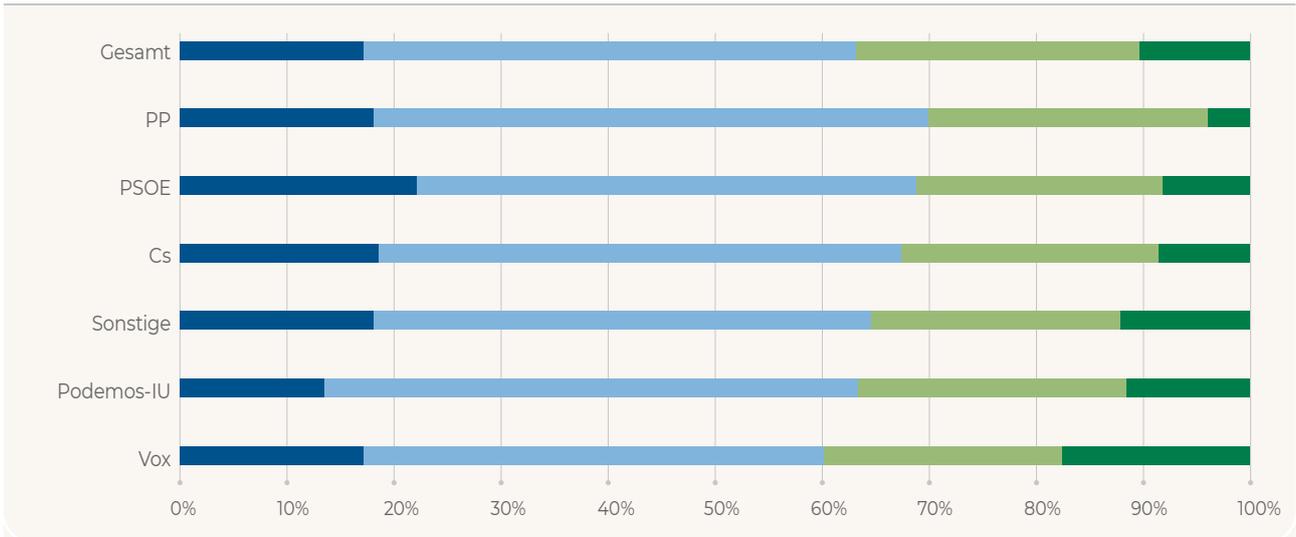
Die Mehrheit der spanischen Bürger*innen (63 Prozent) lebt nach eigenen Angaben zufriedenstellend bzw. kommt mit ihrem Einkommen gut aus. Die Wählergruppen, die die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben, sind die Wähler*innen von Vox und Podemos, während die

Wählerschaft von PP und PSOE größtenteils angibt, dass es ihr wirtschaftlich gut geht. Höher ist der Anteil derjenigen, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bei Frauen, jüngeren Befragten (25 bis 34 Jahre), Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, politisch in der Mitte Stehenden und ideologisch nicht Festgelegten.

Abbildung 22 / Q12 – Einkommensverhältnisse

Welche dieser Einschätzungen trifft am ehesten auf Ihr momentanes Haushaltseinkommen zu?

■ Solides Einkommen ■ Ausreichendes Einkommen ■ Schwierige Einkommenslage ■ Sehr schwierige Einkommenslage



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Solides Einkommen	19,9%	14,8%
Ausreichendes Einkommen	47,2%	44,8%
Schwierige Einkommenslage	24,7%	27,4%
Sehr schwierige Einkommenslage	8,2%	12,9%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Solides Einkommen	21,2%	15,7%	15,7%	15,9%	17,0%	20,0%
Ausreichendes Einkommen	43,6%	42,4%	47,2%	46,2%	41,1%	50,5%
Schwierige Einkommenslage	23,4%	28,6%	27,4%	28,6%	30,2%	19,4%
Sehr schwierige Einkommenslage	11,8%	13,3%	9,7%	9,3%	11,7%	10,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Solides Einkommen	12,3%	13,6%	24,8%
Ausreichendes Einkommen	39,9%	49,4%	50,3%
Schwierige Einkommenslage	30,7%	27,4%	20,3%
Sehr schwierige Einkommenslage	17,1%	9,7%	4,5%

Ideologie

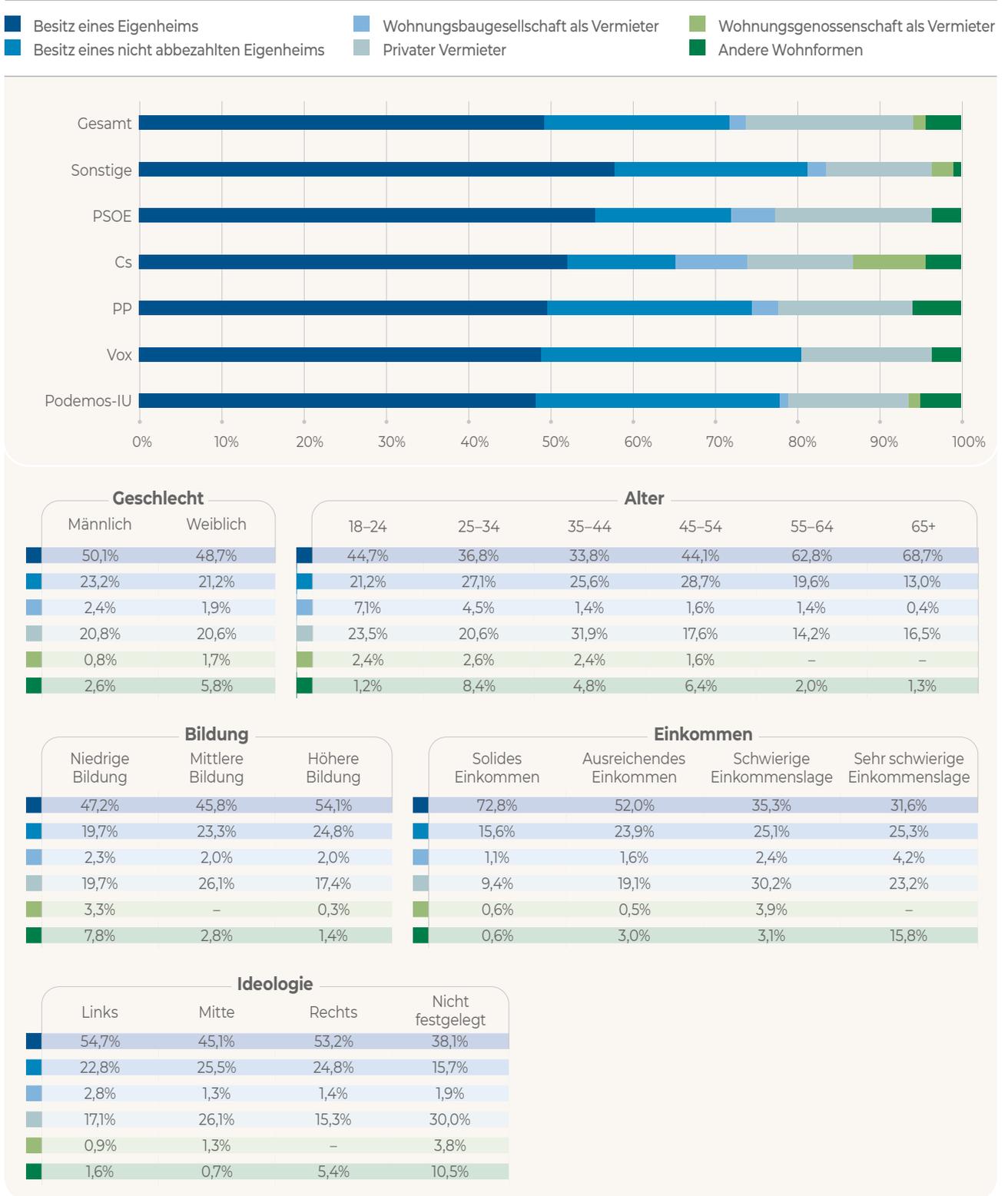
	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Solides Einkommen	17,8%	18,7%	19,9%	11,9%
Ausreichendes Einkommen	49,9%	44,4%	47,0%	37,7%
Schwierige Einkommenslage	23,0%	29,9%	21,5%	35,0%
Sehr schwierige Einkommenslage	9,3%	7,1%	11,7%	15,4%

Wohneigentum

Was das Wohneigentum anbelangt, ist der Anteil der Eigenheimbesitzer bei den Wähler*innen kleinerer Parteien sowie bei der Wählerschaft von PSOE und Ciudadanos deutlich höher als in anderen Wählergruppen. Nimmt man diejenigen hinzu, die nicht abbezahltes Wohneigentum besitzen, ist der Anteil der Wohneigentumsbesitzer bei der Vox-Wählerschaft am höchsten. Während etwas mehr Männer als Frauen Wohneigentümer sind, ist überraschend, dass der Anteil der Wohneigentumsbesitzer bei

den Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren deutlich höher ist als bei den 25- bis 44-jährigen Befragten. Bei 55-jährigen und älteren Befragten ist jedoch der Anteil derjenigen, die abbezahltes Wohneigentum besitzen, im Schnitt höher. Der Bildungsgrad korreliert eindeutig mit dem Wohneigentum, was sich darin zeigt, dass bei den Personen mit höherem Bildungsgrad im Vergleich zu anderen Bildungsschichten der Anteil der Eigenheimbesitzer höher ist. Auch das Einkommen ist ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person

Abbildung 23 / Q12B – Wohneigentum



ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat. Nimmt man die weltanschauliche Überzeugung zum Maßstab, ist bei politisch in der Mitte Stehenden und bei den ideologisch nicht festgelegten Befragten der Anteil der Wohneigentümer im Vergleich zu anderen Wählergruppen geringer.

— DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 3 —

- Die überwiegende Mehrheit der Spanier*innen gibt an, dass ihre wirtschaftliche Lage von 2020 bis 2021 unverändert blieb oder besser geworden ist. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, deren wirtschaftliche Lage sich nach eigener Wahrnehmung verschlechtert hat, bei Vox-Wähler*innen und bei den Befragten mit schwieriger Einkommenslage.
- Die meisten Spanier*innen beurteilen die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr (2022) positiv oder gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Lage unverändert bleiben wird. Die Wähler*innen von kleineren Parteien, PSOE und Podemos-IU sowie jüngere und weniger gebildete Befragte haben die positivsten; die Wählerschaft von Vox und Menschen in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage und die ideologisch nicht festgelegten haben die negativsten Wirtschaftserwartungen.
- In Bezug auf das Einkommen geben mehr als 60 Prozent der Spanier*innen an, dass sie mit ihrem derzeitigen Einkommen gut oder zumindest ausreichend leben können. Die Wählerschaft von PP und PSOE ist die wirtschaftlich am besten gestellte Wählergruppe, ebenso wie ältere Befragte und Menschen mit höherem Bildungsniveau. In der Wählerschaft von Vox und bei den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau ist der Anteil der Menschen mit Einkommensproblemen am höchsten.
- Wähler*innen kleinerer Parteien und die PSOE-Wählerschaft besitzen im Vergleich zu anderen Wählergruppen sehr viel häufiger abbezahltes Wohneigentum.
- Auch das Einkommen ist ein Prädiktor für Wohneigentum: Je höher das Einkommen einer Person und je älter diese Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie Wohneigentum hat.





KAPITEL 4

90 PROZENT DER WÄHLERSCHAFT
SIND DAFÜR, DASS DER STAAT DIE
WIRTSCHAFT STÄRKER REGULIERT



Bewertung der EU-Mitgliedschaft

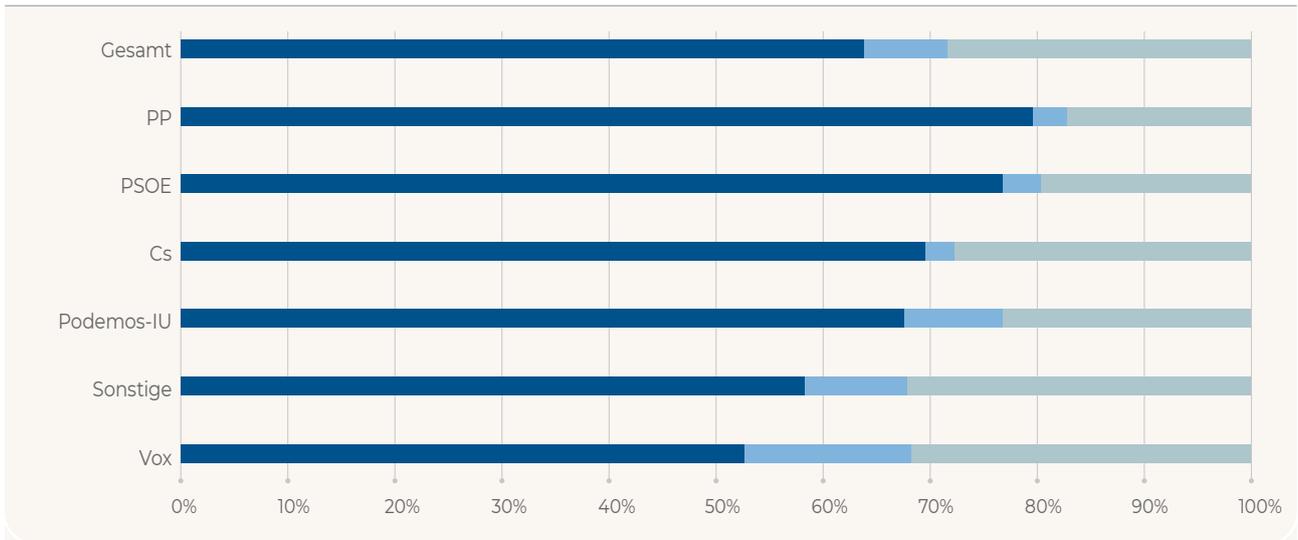
Eine große Mehrheit der spanischen Befragten sieht die EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv, während nur 7,6 Prozent die EU-Mitgliedschaft negativ bewerten. Eine Mehrheit aller Wählergruppen bewertet Spaniens Mitgliedschaft in der EU positiv, während bei der Vox-Wähler-

schaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Spaniens kritisch sehen, am größten ist. Was die demografische Zusammensetzung der Befragten anbelangt, ist der Anteil derjenigen, die die EU wesentlich kritischer sehen, nur bei den Befragten mit schwieriger Einkommenslage höher.

Abbildung 24 / Q20 – EU-Mitgliedschaft

Wie sehen Sie die grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes?

■ Positiv ■ Negativ ■ Weder gut noch schlecht



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Positiv	67,4%	57,9%
Negativ	9,6%	6,1%
Weder gut noch schlecht	23,0%	36,0%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Positiv	66,2%	56,4%	60,4%	58,6%	71,8%	64,8%
Negativ	4,2%	10,5%	9,6%	11,0%	6,4%	4,8%
Weder gut noch schlecht	29,6%	33,1%	30,1%	30,5%	21,8%	30,4%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Positiv	50,6%	65,6%	74,1%
Negativ	9,3%	7,8%	6,6%
Weder gut noch schlecht	40,1%	26,6%	19,3%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Positiv	78,9%	65,1%	54,6%	45,9%
Negativ	5,2%	6,1%	8,4%	17,2%
Weder gut noch schlecht	15,9%	28,7%	36,9%	36,9%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Positiv	69,3%	62,2%	63,0%	47,0%
Negativ	5,7%	5,7%	11,7%	9,7%
Weder gut noch schlecht	25,0%	32,1%	25,3%	43,3%

Regulierung der Wirtschaft durch den Staat

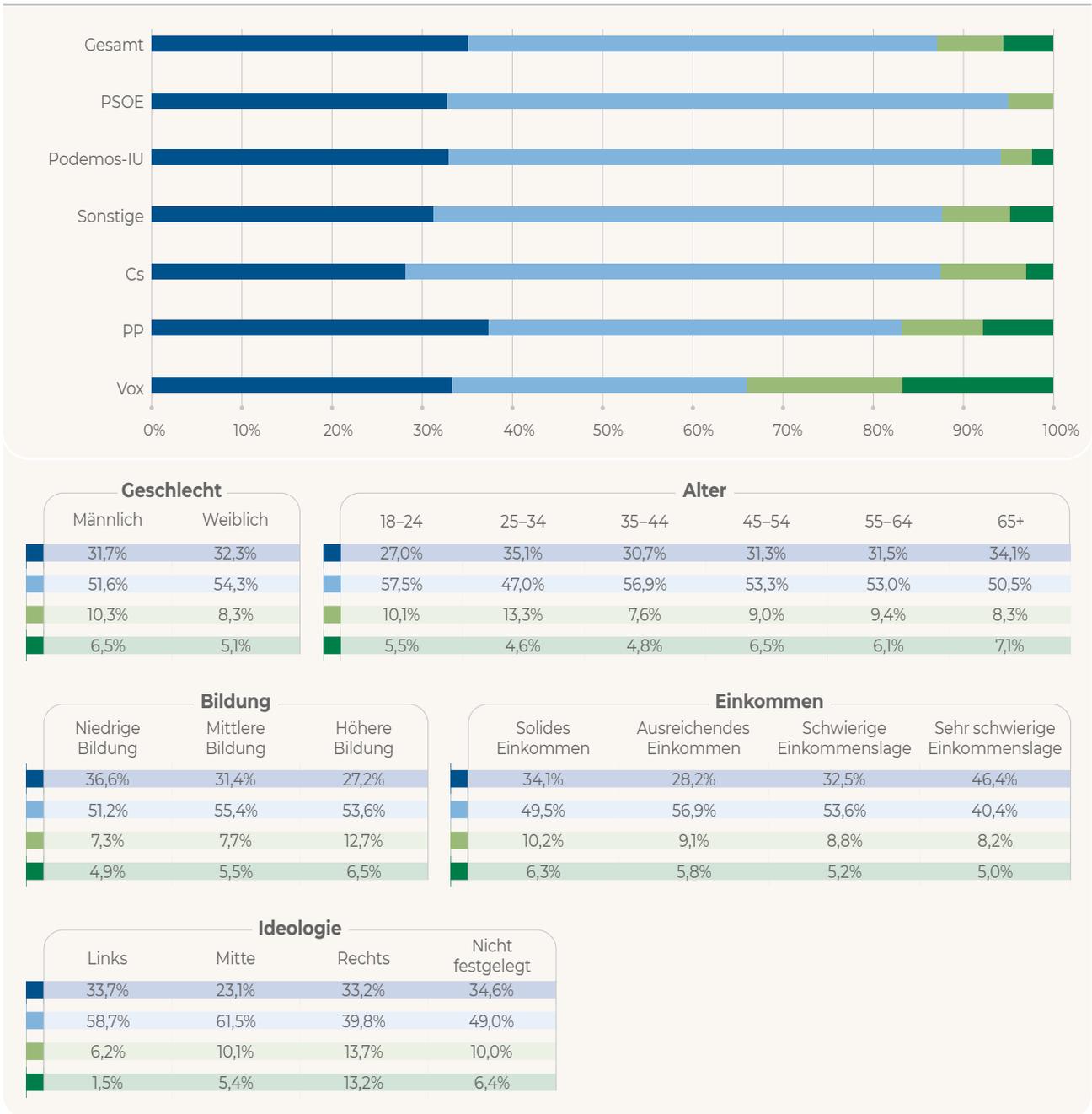
Was für die (gemäßigte) Linke eine gute Nachricht sein dürfte, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit von 87 Prozent der spanischen Befragten eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat befürwortet. Wähler*innen von PSOE und Podemos stimmen dieser Aus-

sage am entschiedensten zu; bei der Vox-Wählerschaft trifft die Aussage auf die geringste Zustimmung. Befragte mit höherem Bildungsniveau und rechts Stehende stimmen dieser Aussage am wenigsten zu, obwohl selbst in diesen Gruppen ein hohes Maß an Zustimmung festzustellen ist.

Abbildung 25 / Q41C – Staatliche Wirtschaftsregulierung

»Die Wirtschaft sollte stärker staatlich reguliert werden«

■ Stimme absolut zu ■ Stimme zu ■ Stimme nicht zu ■ Stimme absolut nicht zu



Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

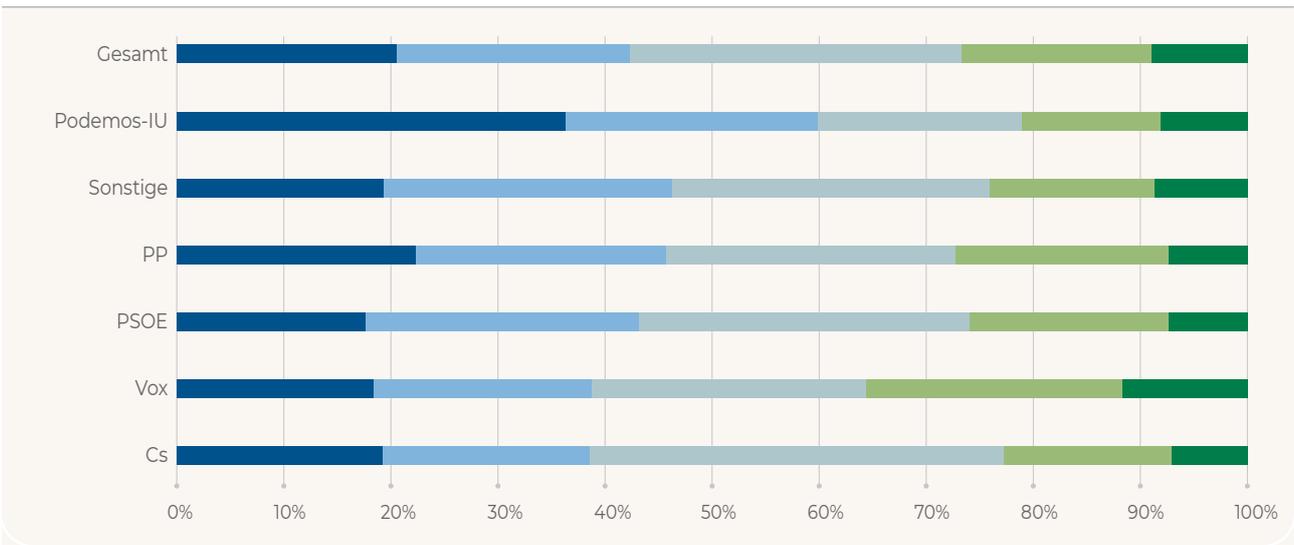
Beim Thema »Misstrauen gegenüber der Wissenschaft« – eine weit verbreitete Einstellung bei Bürger*innen, die dem Umgang mit der Corona-Pandemie kritisch gegenüberstehen – gehört Spanien zu den wenigen Ländern, in denen ein größerer Anteil der Befragten der Aussage »Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind« nicht zustimmt. Der Anteil der Befragten, die dieser Ansicht nicht zustimmen,

ist in allen Wählergruppen größer als der Anteil derer, die ihr nicht zustimmen; am kleinsten ist dieser Anteil bei den Wähler*innen von Ciudadanos und Vox. Größer ist der Anteil derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die Wissenschaft mehr Fehler aufweist, als den Menschen bewusst ist, bei jüngeren Befragten und denjenigen, die sich politisch rechts verorten, wobei der Grad der Zustimmung in allen demografischen Gruppen verhältnismäßig ähnlich ist.

Abbildung 26 / Q53 – Misstrauen gegenüber der Wissenschaft

»Die Menschen erkennen nicht, wie mangelhaft viele wissenschaftliche Studien tatsächlich sind«

■ Stimme absolut nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme absolut zu



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Stimme absolut nicht zu	22,8%	16,4%
Stimme eher nicht zu	21,5%	21,1%
Weder noch	28,0%	35,7%
Stimme eher zu	19,3%	17,0%
Stimme absolut zu	8,3%	9,8%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Stimme absolut nicht zu	16,4%	14,0%	21,8%	21,8%	21,0%	19,3%
Stimme eher nicht zu	16,4%	12,9%	21,1%	23,8%	23,2%	25,3%
Weder noch	31,9%	36,0%	32,3%	30,8%	32,1%	29,9%
Stimme eher zu	25,1%	22,7%	13,9%	16,8%	14,7%	19,3%
Stimme absolut zu	10,1%	14,4%	11,0%	6,7%	9,0%	6,2%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Stimme absolut nicht zu	19,5%	18,7%	20,6%
Stimme eher nicht zu	18,7%	23,2%	22,8%
Weder noch	33,1%	34,0%	28,4%
Stimme eher zu	18,9%	16,8%	18,5%
Stimme absolut zu	9,8%	7,2%	9,6%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Stimme absolut nicht zu	23,4%	19,1%	17,2%	22,3%
Stimme eher nicht zu	18,8%	24,9%	19,2%	18,0%
Weder noch	29,4%	31,1%	32,9%	34,3%
Stimme eher zu	18,8%	17,3%	19,9%	14,7%
Stimme absolut zu	9,7%	7,7%	10,8%	10,8%

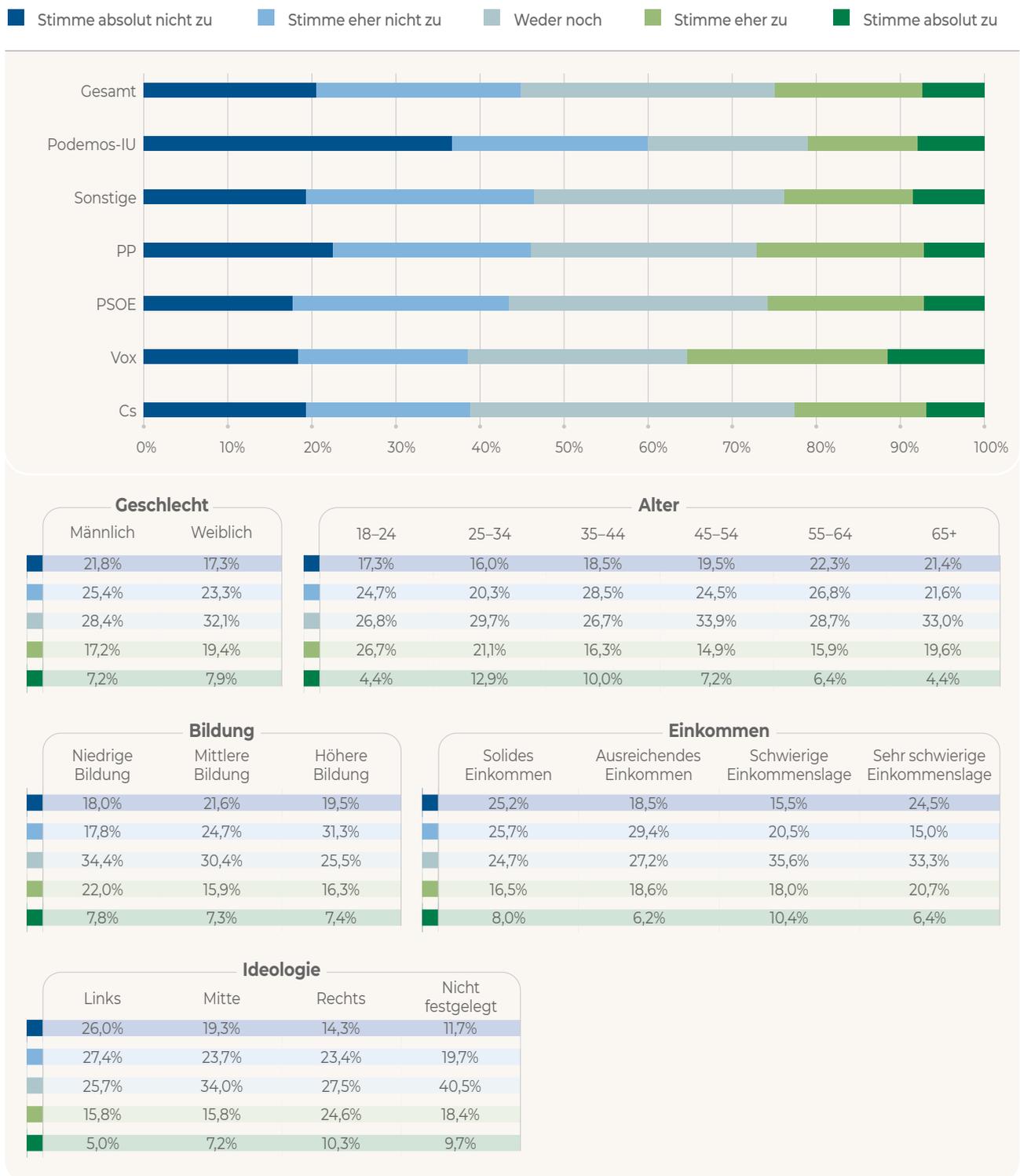
Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Stimme absolut nicht zu	23,0%	18,3%	18,8%	14,0%
Stimme eher nicht zu	27,1%	17,9%	18,7%	14,5%
Weder noch	27,2%	35,4%	27,3%	44,9%
Stimme eher zu	15,1%	18,4%	25,0%	15,8%
Stimme absolut zu	7,6%	10,0%	10,3%	10,7%

Nicht allzu viele Befragte sind besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen – 25 Prozent haben diese Sorge; 44,6 Prozent teilen sie nicht; 30,4 Prozent stehen dieser Aussage neutral gegenüber. Die Wählerschaft von Vox und PP macht sich mehr Sorgen über den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesellschaft, während die Wähler*innen von Podemos und kleineren Parteien sich die wenigsten Sorgen darüber machen.

Im Vergleich zu anderen demografischen Gruppen ruft dieses Thema bei den jüngeren Befragten, den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau, bei Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen, ideologisch nicht festgelegten Menschen und politisch rechts stehenden größeren Besorgnis hervor.

Abbildung 27 / Q53 – »Ich bin besorgt über die gesellschaftliche Einflussnahme von Wissenschaftler*innen«

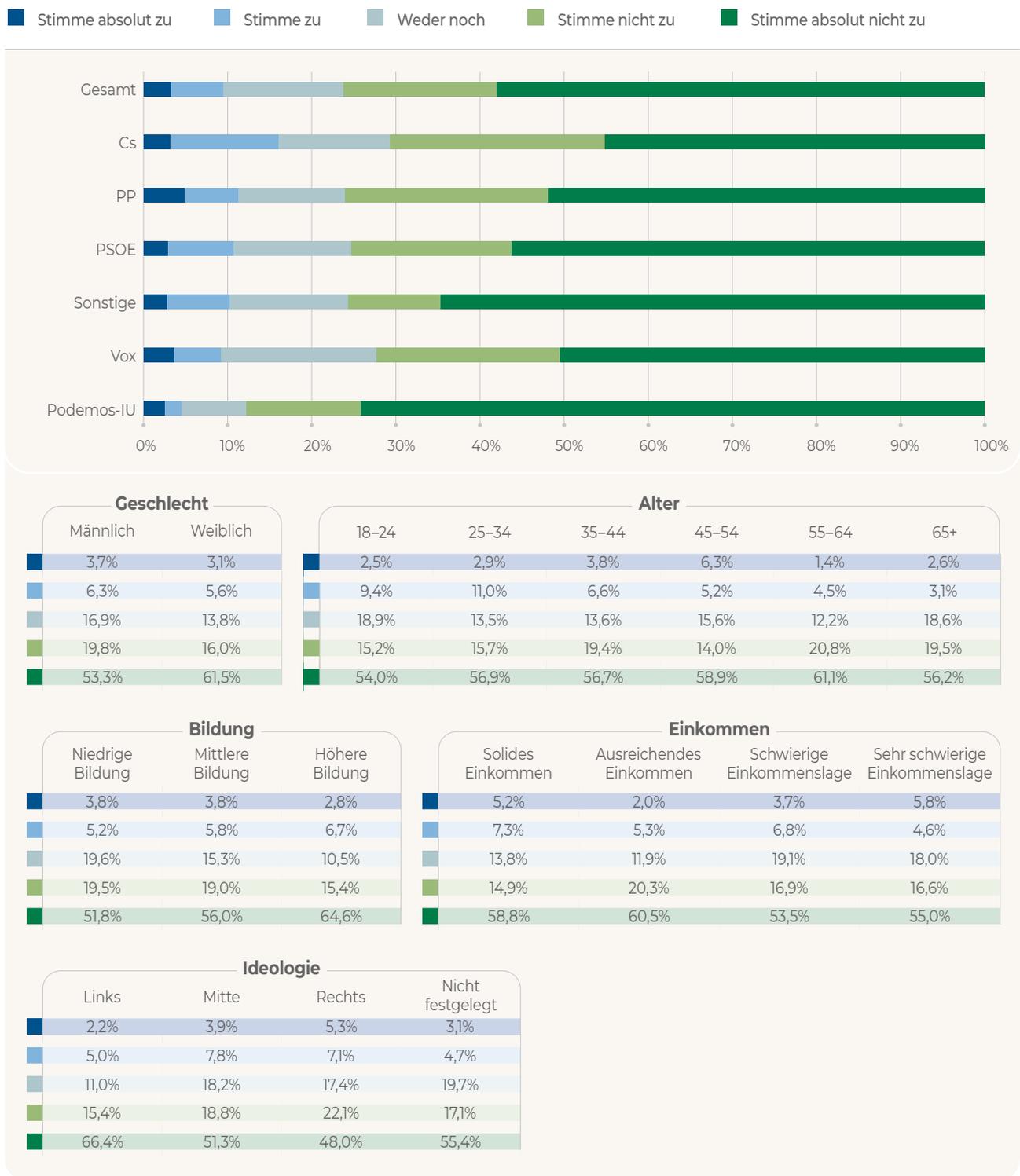


Meinungen zur Geschlechterungleichheit

Dem Vorschlag, sich bei Arbeitsplatzknappheit wieder auf traditionelle Geschlechterrollen zu besinnen und der Erwerbstätigkeit von Männern den Vorrang zu geben, stimmt eine überwältigende Mehrheit in der spanischen Öffentlichkeit nicht zu. 76,2 Prozent der Befragten lehnen ihn (entschieden) ab. Wähler*innen der Mitte-rechts-Par-

teien Ciudadanos und PP sind am häufigsten dafür, dass Männer bei der Erwerbstätigkeit Vorrang vor Frauen haben sollten. In Bezug auf die demografische Zusammensetzung findet diese Ansicht die größte Zustimmung bei jüngeren Befragten, Menschen mit solidem Einkommen und politisch rechts Stehenden.

Abbildung 28 / Q64 – »Bei Arbeitsplatzknappheit sollten Männer gegenüber Frauen ein Vorrangrecht auf Arbeit haben«



Zustimmung zur Einwanderung, Meinungsbild zum Klimawandel, zum Populismus und zum Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«

Zum Themenkomplex »Zustimmung zur Einwanderung« wurden die Teilnehmenden der Umfrage auf zwei separaten Skalen danach befragt, ob Einwanderer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern und es kulturell bereichern. Der Index »Vertrauen in die Institutionen« besteht aus 6 Einzelfragen, die abklären sollen, inwieweit die Befragten verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen vertrauen (siehe Kapitel zur Methodik). Die Durchschnittswerte zahlreicher Befragtengruppen wer-

den in einem zweidimensionalen Streudiagramm dargestellt. Am höchsten ist der Anteil der Einwanderungsbeifürworter in Spanien bei den Befragten aus dem linken Spektrum, den Wähler*innen von Podemos, Ciudadanos und PP sowie den Befragten mit mittlerem Bildungsniveau. Hingegen sind Vox-Wähler*innen, Befragte aus dem rechten Spektrum und diejenigen, die finanziell am schwersten über die Runden kommen, am wenigsten einwanderungsfreundlich eingestellt. Daraus lässt sich schließen, dass sich die Bürger in der prekärsten wirtschaftlichen Lage durch die Zuwanderung am stärksten bedroht fühlen.

Abbildung 29 – Unterstützung für Einwanderung



Wie die obige Grafik zeigt, ist eine Mehrheit der spanischen Bürger*innen sehr besorgt über die Folgen des Klimawandels für künftige Generationen. Alle Befragten Gruppen einschließlich der Vox-Wählerschaft liegen auf der Bewertungsskala zur Sorge um den Klimawandel über dem Durchschnitt. Die größten Sorgen über den Klimawandel

machen sich die Wähler*innen von Podemos und anderen gemäßigten Parteien sowie die Befragten mit schwieriger Einkommenslage. Befragte des rechten und mittleren Spektrums, Vox-Wähler*innen, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind darüber am wenigsten besorgt.

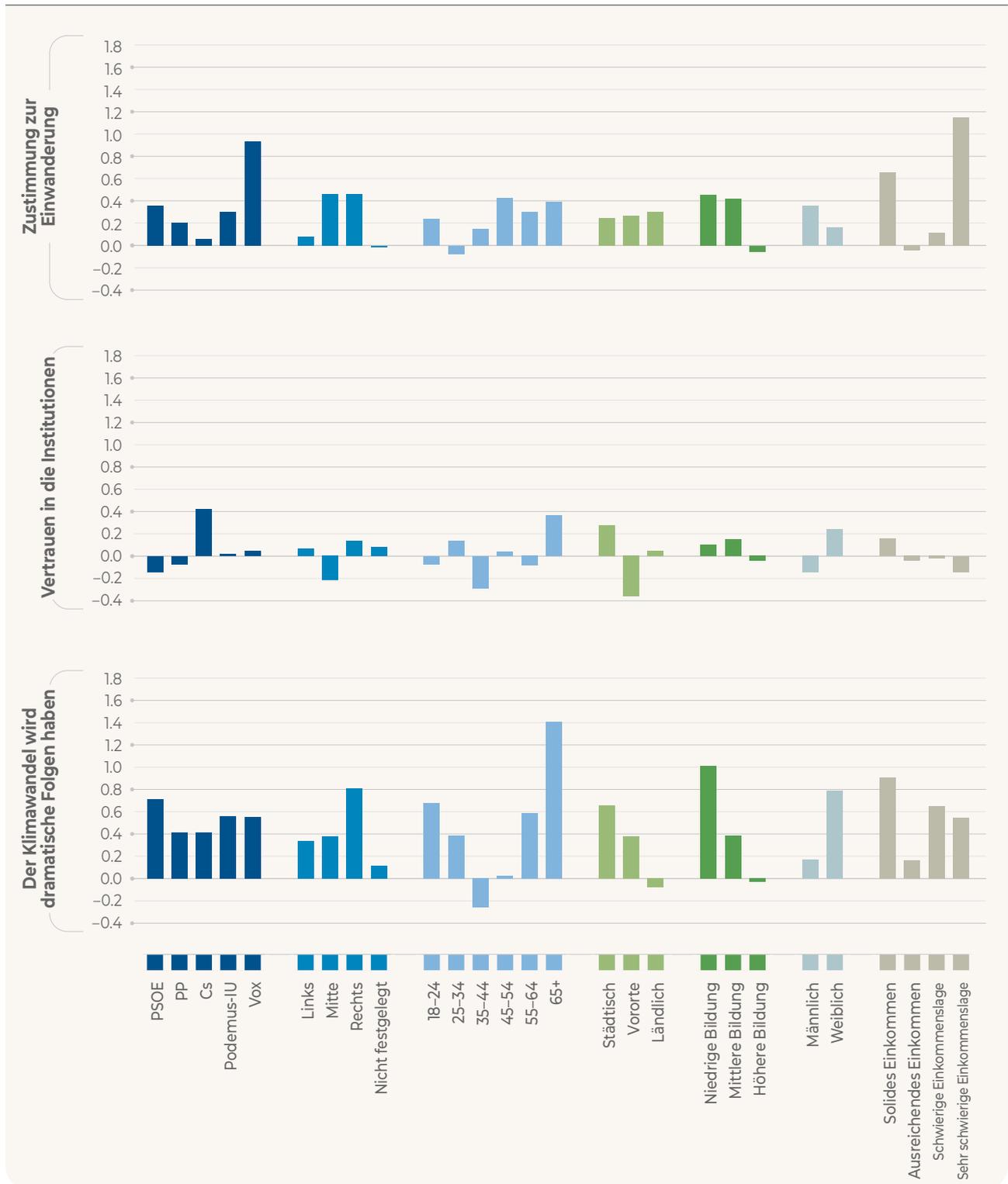
Abbildung 30 – Auswirkungen des Klimawandels



Nimmt man die Veränderungen im zeitlichen Verlauf in den Blick, so zeigt sich, dass in den meisten Wählergruppen die Sorge über den Klimawandel inzwischen zunimmt, wobei ein deutlicher Anstieg bei der Vox- Wählerschaft und den Einkommensschwächsten zu verzeichnen ist; erwähnenswert ist allerdings, dass diese Wählergruppen sich zuvor mit die wenigsten Sorgen wegen des Kli-

mawandels machten. Beim Vertrauen in die Institutionen sind im zeitlichen Verlauf keine wesentlichen Veränderungen festzustellen – bei keiner Befragtengruppe änderte sich die Einstellung um mehr als einen Skalenpunkt. Die Zustimmung zur Zuwanderung ist bei fast allen Befragtengruppen gestiegen, vor allem bei den Befragten, die 65 Jahre oder älter sind.

Abbildung 31



Ein erheblicher Teil der spanischen Befragten glaubt an mindestens eine Verschwörungstheorie, wie die hohen Durchschnittswerte (mehr als 6 von 10) des Index »Verschwörungsglaube« in allen Befragtengruppen zeigen. Es überrascht nicht, dass die Wähler*innen von Vox und ERC-Sobiraneses ebenso wie politisch rechts stehende

Befragte für Verschwörungsthesen am empfänglichsten sind. Die Unterschiede zwischen den anderen Befragtengruppen sind recht gering, wobei die PSOE-Wählerschaft und die ideologisch nicht Festgelegten sowie die 18- bis 24-Jährigen am wenigsten an Verschwörungstheorien glauben.

Abbildung 32 – Glaube an Verschwörungstheorien



Beim Thema Populismus – als Gradmesser wurden hier die anti-elitären Ressentiments herangezogen – zeigt sich, dass Wähler*innen von Vox und ERC Sobiranistes sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und politisch rechts stehende zu den für Populismus empfänglichsten Befragtengruppen gehören. Die Wählerschaft von PSOE

und Ciudadanos, die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sowie die politisch-ideologisch nicht festgelegten gehören zu den für Populismus am wenigsten anfälligen demografischen Gruppen. Interessanterweise sind Befragte mit niedrigerem Bildungsstand im Durchschnitt weniger populistisch eingestellt als Befragte mit höherem Bildungsstand.

Abbildung 33 – Populismusanhänger



Das Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU«, das von der Europäischen Kommission als Strategie für die Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie vorgelegt wurde, stößt in der spanischen Öffentlichkeit auf mäßige Zustimmung. Am höchsten ist die Zustimmung bei den Wähler*innen von PSOE, Podemos-IU und Ciudadanos, bei politisch links Stehenden, bei den Befragten, die 65 Jahre oder älter sind, und bei den Befragten mit solidem Einkommen. Am geringsten ist die Zustimmung bei Vox-Wähler*innen, Befragten

aus dem rechten Spektrum, ideologisch nicht festgelegten Personen und Menschen in wirtschaftlich schwieriger Lage. Auch bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau ist die Zustimmung zu »NextGenerationEU« geringer als bei den Befragten mit höherem Bildungsniveau, wobei der Unterschied gering ist. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass wirtschaftlich schwache Gruppen befürchten, der sozioökonomische Wandel könnte sich negativ auf ihr Leben auswirken.

Abbildung 34 – Unterstützung für NextGenerationEU-Plan



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 4

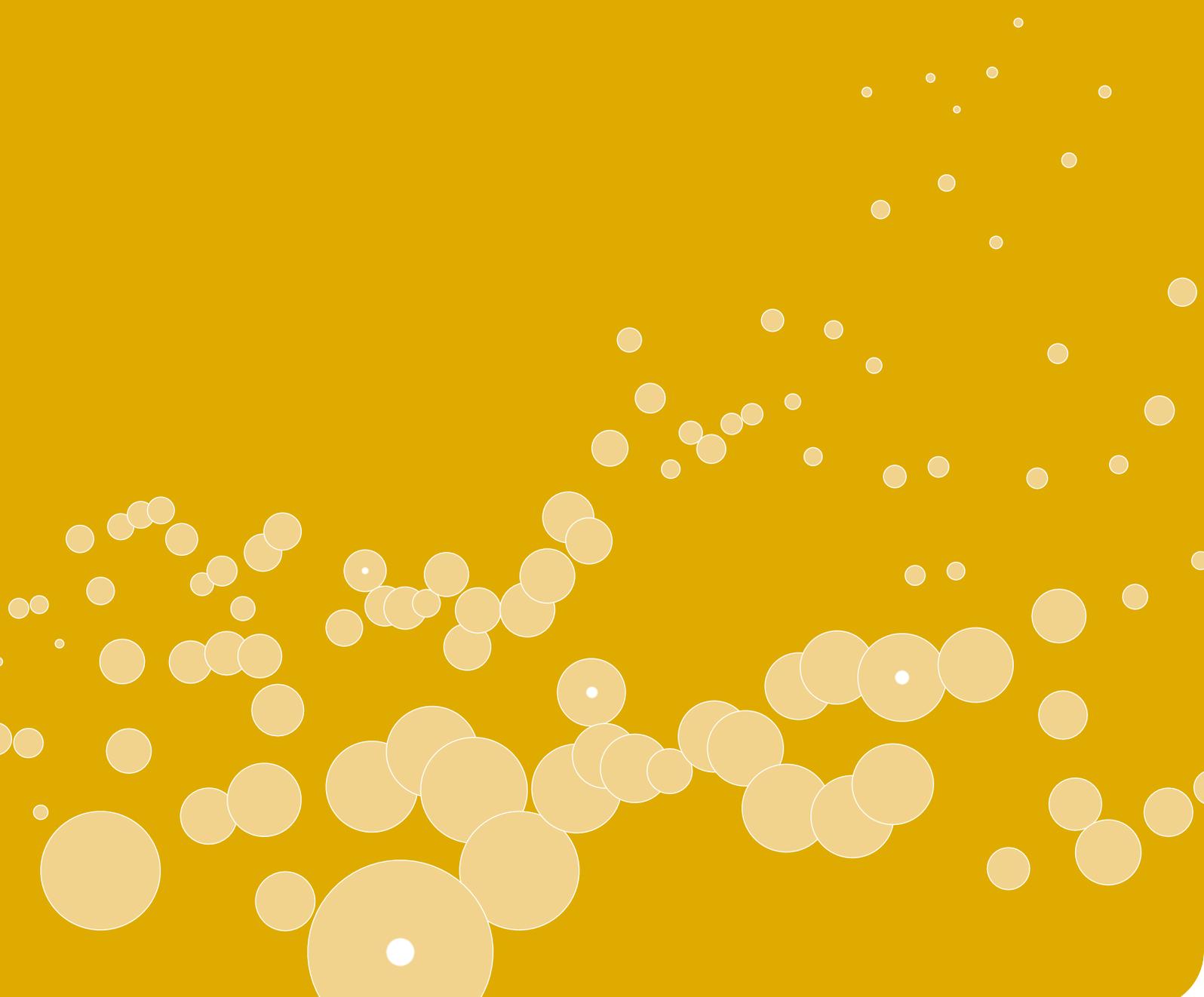
- Obwohl sehr wenige Spanier*innen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes negativ bewerten, gibt es einen beträchtlichen Anteil von Befragten, die der EU gegenüber ambivalent eingestellt sind. Die PP- und PSOE-Wählerschaft bewertet Spaniens Mitgliedschaft in der EU am positivsten, während bei der Vox-Wählerschaft und den Anhängern kleinerer Parteien der Anteil derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft Spaniens kritisch sehen, am größten ist.
- Eine klare Mehrheit von 90 Prozent der spanischen Befragten befürwortet eine stärkere Regulierung der Wirtschaft durch den Staat. Selbst unter Vox- und PP-Wähler*innen liegt der Anteil derer, die dem zustimmen, bei über 60 bzw. über 80 Prozent.
- Die Umfrageergebnisse lassen erkennen, dass es bei den Spanier*innen ein gewisses Misstrauen gegenüber der Wissenschaft gibt, auch wenn eine Mehrheit der Befragten eine positive Einstellung zur Wissenschaft hat. Am größten ist das Misstrauen bei der Vox-Wählerschaft, während die Wähler*innen von Podemos und PP der Wissenschaft am positivsten gegenüberstehen.
- Nur sehr wenige Spanier*innen sind der Ansicht, dass Männer in Zeiten knapper Arbeitsplätze den Vorrang bei der Erwerbstätigkeit haben sollten. Am größten ist die Zustimmung zu dieser Ansicht bei der Wählerschaft von Ciudadanos und PP.
- Parteipräferenz, Alter und ideologische Einstellung sind die aussagekräftigsten Prädiktoren für die Zustimmung zur Einwanderung, wobei Wähler*innen linker Parteien, Frauen und ideologisch nicht festgelegte die positivste Einstellung gegenüber Einwanderern haben. Am stärksten ausgeprägt ist die ablehnende Haltung gegenüber Einwanderung hingegen bei der Vox-Wählerschaft, politisch rechts stehenden und Menschen mit schwieriger Einkommenslage.
- Alle Befragten sind zumindest in gewissem Ausmaß besorgt über den Klimawandel – selbst diejenigen, die den menschlichen Einfluss auf das Klima traditionell bezweifeln wie z. B. die Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen aus dem rechten Spektrum. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass die Bürger*innen Maßnahmen gegen den Klimawandel akzeptieren, die sich unmittelbar nachteilig auf ihre wirtschaftliche Situation auswirken, wie etwa steigende Energiepreise.
- Der Verschwörungsglaube – nach einem Index mit nicht auf die Pandemie bezogenen Fragen – ist unter Vox-Wähler*innen am weitesten verbreitet. Auch Befragte mit schwieriger Einkommenslage und politisch rechts stehende sind für Verschwörungsglauben empfänglich. PSOE-Wähler*innen sowie ideologisch nicht festgelegte Befragte glauben am wenigsten an Verschwörungstheorien.
- Die am stärksten für Populismus anfälligen Befragten-Gruppen sind die Wählerschaft von Vox und ERC-Sobiranistes sowie Befragte mit schwieriger Einkommenslage und politisch rechts stehende. Die Wähler*innen von PSOE und Ciudadanos zählen zusammen mit den ideologisch nicht festgelegten zu den am wenigsten populistischen Wählergruppen in Spanien.
- Das Programm »NextGenerationEU« stößt eindeutig bei den Wähler*innen der Parteien der Mitte und des linken Spektrums auf die größte Zustimmung, während die Vox-Wählerschaft, ideologisch nicht festgelegte Befragte und Menschen mit schwieriger Einkommenslage das Maßnahmenpaket eher negativ bewerten.





KAPITEL 5

PSOE UND PODEMOS
WERDEN IHRE WÄHLERSCHAFT
BEI DEN EU-WAHLEN
WAHRSCHEINLICH HALTEN



Politische Ideologie

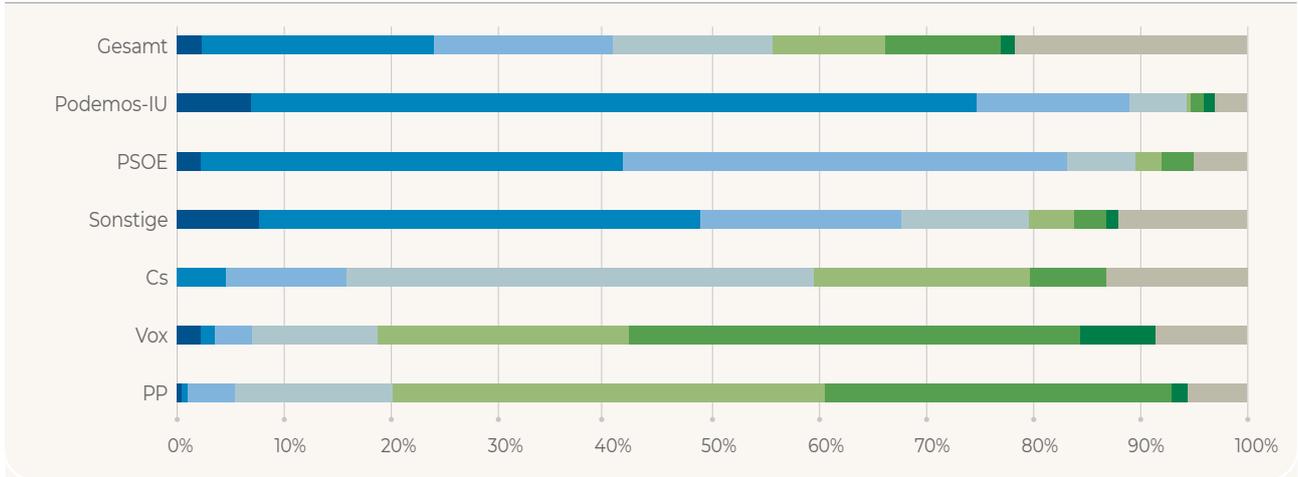
Im Vergleich zwischen politischer Orientierung und Parteienwahl zeigt sich ein logisches und konsistentes Muster. Mehr als ein Drittel der politisch links Orientierten sehen sich selbst als Mitte-links, während die Mehrheit »links« ist. Auf der rechten Seite des Spektrums zeigt sich eine ganz ähnliche Aufteilung zwischen Mitte-rechts- und rechten Wählern – rund 47

Prozent in jeder ideologischen Gruppe. Offensichtlich ist der Anteil der politisch links stehenden Spanier*innen größer als der Anteil der rechts stehenden, wobei mehr als ein Fünftel aller Befragten ideologisch nicht eindeutig festgelegt ist. Die radikal links und radikal rechts Eingestellten machen nur sehr kleine Teile der Gesamtwählerschaft aus. 15 Prozent der Spanier*innen ordnen sich selbst der politischen Mitte zu.

Abbildung 35 / Q71 – Politische Ideologie

Welche der folgenden Zuschreibungen beschreibt am treffendsten Ihre politische Einstellung?

Radikal links Links Mitte-links Mitte Mitte-rechts Rechts Radikal rechts Nichts von allem



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
Radikal links	3,6%	1,4%
Links	21,3%	21,9%
Mitte-links	18,3%	14,9%
Mitte	16,1%	15,0%
Mitte-rechts	13,4%	8,5%
Rechts	11,9%	9,9%
Radikal rechts	1,7%	0,7%
Nichts von allem	13,7%	27,8%

Alter

	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
Radikal links	1,2%	2,9%	1,9%	2,1%	1,4%	4,1%
Links	19,5%	20,3%	19,5%	19,4%	26,1%	24,2%
Mitte-links	11,6%	13,4%	14,6%	16,7%	21,0%	18,5%
Mitte	16,4%	19,3%	15,1%	12,2%	13,9%	16,4%
Mitte-rechts	7,3%	7,2%	8,0%	10,1%	10,5%	18,1%
Rechts	13,4%	9,8%	9,7%	13,8%	9,8%	10,3%
Radikal rechts	1,2%	1,3%	1,7%	1,6%	2,4%	0,4%
Nichts von allem	30,0%	26,2%	29,4%	24,1%	15,0%	8,1%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
Radikal links	1,9%	2,8%	2,9%
Links	22,2%	21,6%	21,3%
Mitte-links	13,9%	18,6%	18,4%
Mitte	14,2%	14,6%	18,0%
Mitte-rechts	8,3%	10,4%	14,4%
Rechts	10,6%	12,6%	10,3%
Radikal rechts	2,3%	1,0%	1,4%
Nichts von allem	27,8%	18,4%	13,4%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
Radikal links	3,5%	1,9%	3,4%	2,0%
Links	21,3%	23,8%	18,8%	22,8%
Mitte-links	17,7%	19,3%	14,5%	11,3%
Mitte	17,4%	15,0%	17,8%	10,5%
Mitte-rechts	15,5%	12,2%	8,0%	8,6%
Rechts	9,5%	11,2%	10,4%	14,9%
Radikal rechts	2,3%	0,8%	1,2%	1,9%
Nichts von allem	12,9%	15,8%	25,8%	28,1%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
Radikal links	6,1%	–	–	–
Links	53,4%	–	–	–
Mitte-links	40,5%	–	–	–
Mitte	–	100,0%	–	–
Mitte-rechts	–	–	47,6%	–
Rechts	–	–	47,3%	–
Radikal rechts	–	–	5,1%	–
Nichts von allem	–	–	–	100,0%

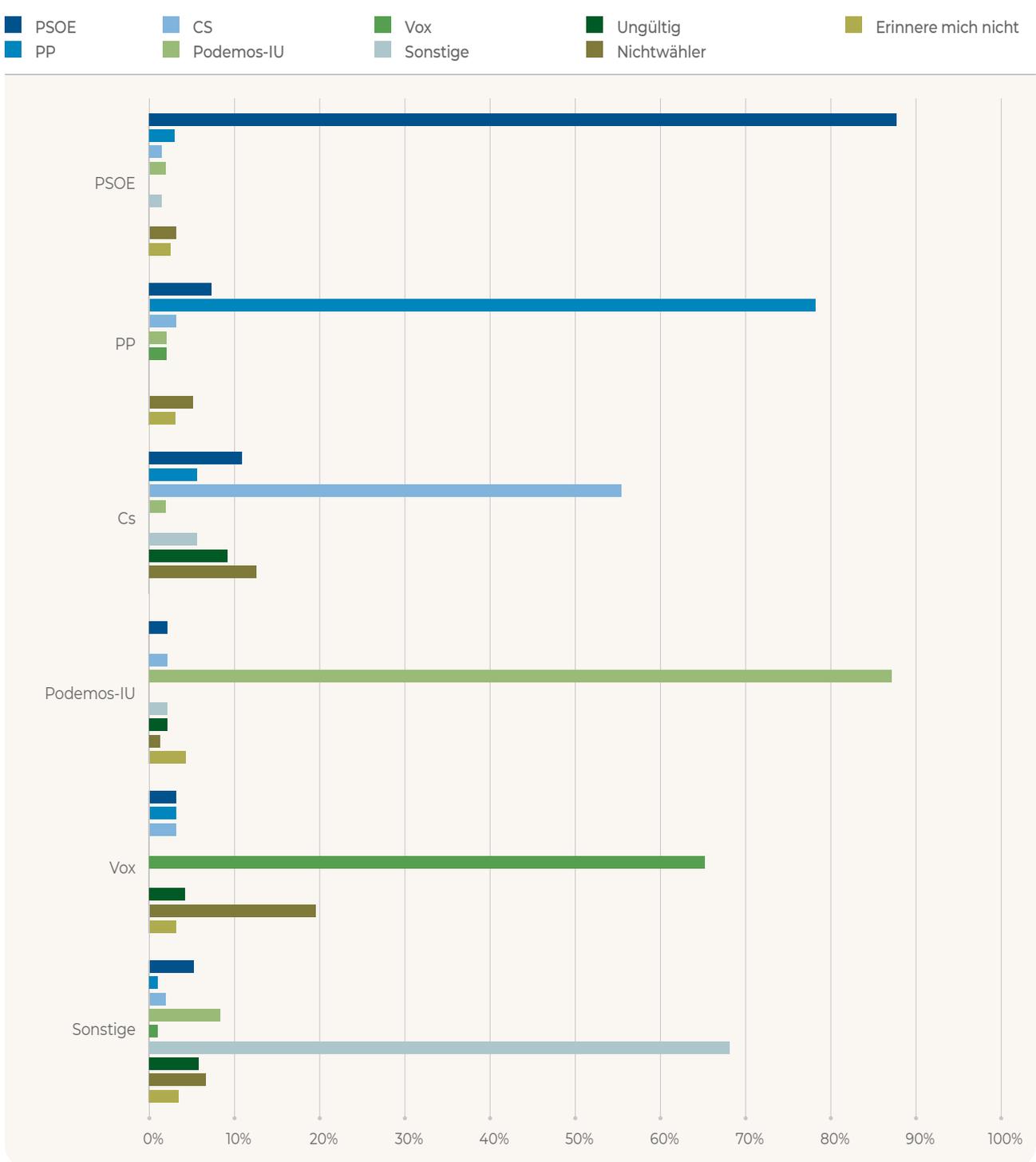
Diejenigen, die sich der radikalen Linken zuordnen, konzentrieren sich hauptsächlich in der Wählerschaft von Podemos und kleineren Parteien, wobei sehr wenige sich der PSOE zuordnen. Der größte Teil der Befragten, die sich dem rechten Spektrum zuordnen, wählt PP und Vox. Mitte-Wähler*innen sind mehrheitlich bei Ciudadanos zu finden.

Stimmverhalten bei der Europawahl 2019

Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtigten in dem

Fall, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine landesweite Parlamentswahl stattgefunden hätte, derselben Partei ihre Stimme zu geben. Die PSOE-Wähler*innen sind ihrer Partei am treuesten – 87,6 Prozent wollten bei einer landesweiten Parlamentswahl weiterhin für die Partei stimmen, während nur 55 Prozent der Ciudadanos-Wähler*innen angaben, wieder diese Partei zu wählen. Es scheint eine beachtliche Wählerwanderung von Ciudadanos zu PP und Vox zu geben.

Abbildung 36 – Für welche Partei haben Sie bei der Europawahl 2019 gestimmt?



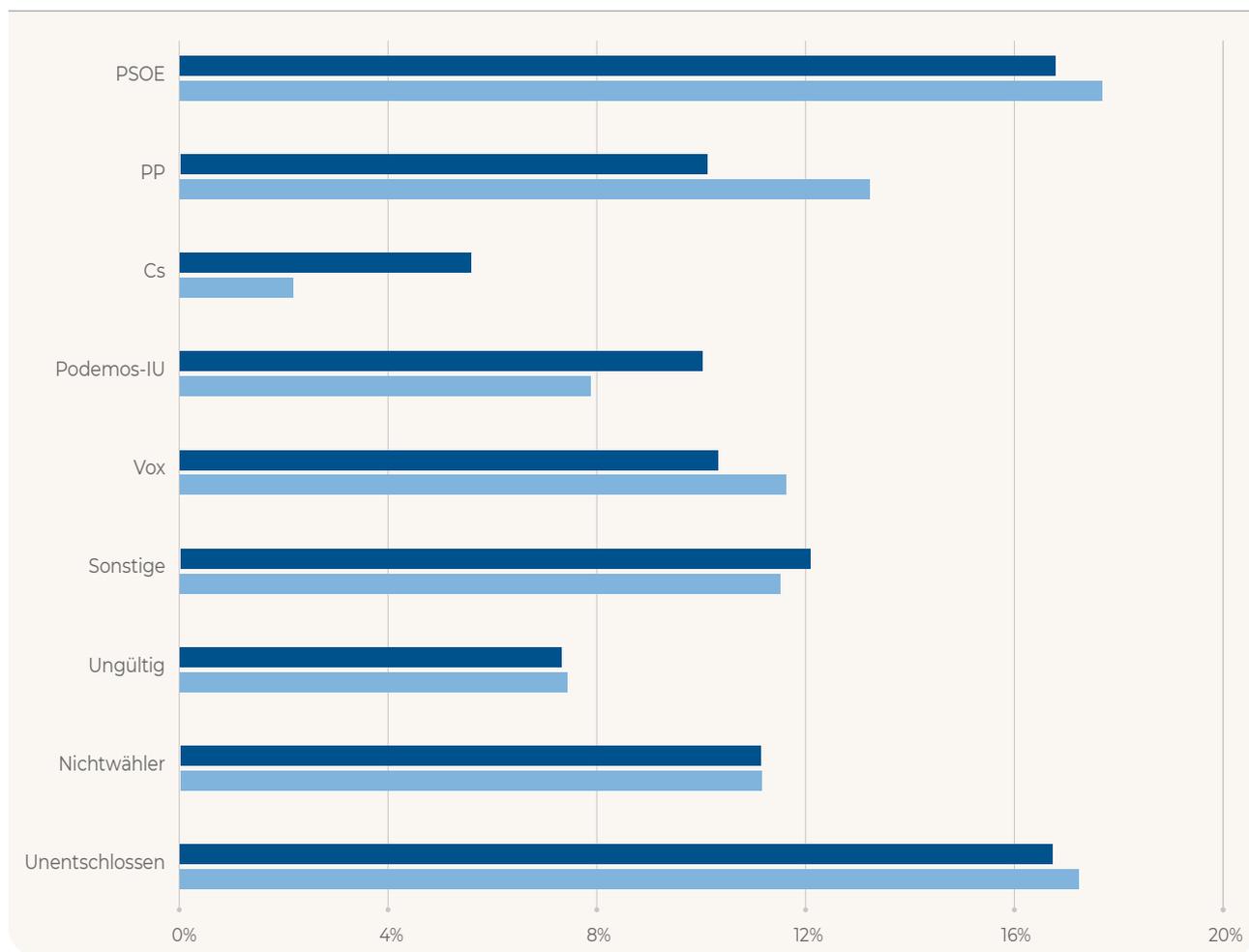
Veränderungen der Wahlabsicht von 2020 zu 2021

Die Wahlabsichten sind in Spanien im zeitlichen Verlauf relativ stabil geblieben. Der Zuspruch für die der Mitte zuzuordnenden Parteien PSOE und PP hat zugenommen; der Zuspruch zu Ciudadanos ist zurückgegangen. Der Zuspruch zur radikalen Linken – Podemos-IU – hat ebenfalls

abgenommen, während Vox Unterstützer hinzugewonnen hat. Zahlreiche Analysen zeigen auf, dass vom nachlassenden Zuspruch zu Ciudadanos hauptsächlich Vox profitiert hat, wobei die Ergebnisse in dieser Länderstudie nahelegen, dass für bisherige Ciudadanos-Wähler*innen auch PP und PPOE attraktiv sein könnten.

Abbildung 37 – Wenn morgen Parlamentswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?

■ 2020 ■ 2021



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 5

- Die Befragten, die sich mit radikalen Ideologien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite identifizieren, machen weniger als 4 Prozent der spanischen Wählerschaft aus, während die Befragten, die sich als »links« bezeichnen, und die ideologisch nicht festgelegten die größten ideologischen Gruppen darstellen. Von den meisten linken Wähler*innen wird die Podemos-IU unterstützt, während die Vox-Wählerschaft sich am ehesten dem rechten Flügel zuordnet.
- Die meisten Befragten, die bei der Europawahl 2019 eine bestimmte Partei gewählt haben, beabsichtig-

ten bei einer landesweiten Parlamentswahl, sehr wahrscheinlich derselben Partei ihre Stimme zu geben. Bei PSOE und Podemos-IU war die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Wählerschaft halten können, am höchsten, während bei denen, die 2019 Ciudadanos gewählt haben, eine Änderung der Parteipräferenz am wahrscheinlichsten war.

- Die in der Umfrage ersichtlichen Verschiebungen im Wahlverhalten von 2020 auf 2021 zeigen, dass die Unterstützung für PSOE, PP und Vox zugenommen hat, während der Zuspruch zu Ciudadanos, Podemos-IU und kleinere Parteien zurückgegangen ist.



KAPITEL 6

MENSCHEN MIT NIEDRIGEREM
BILDUNGSNIVEAU WÄHLEN
ÜBERPROPORTIONAL
HÄUFIG RECHTS

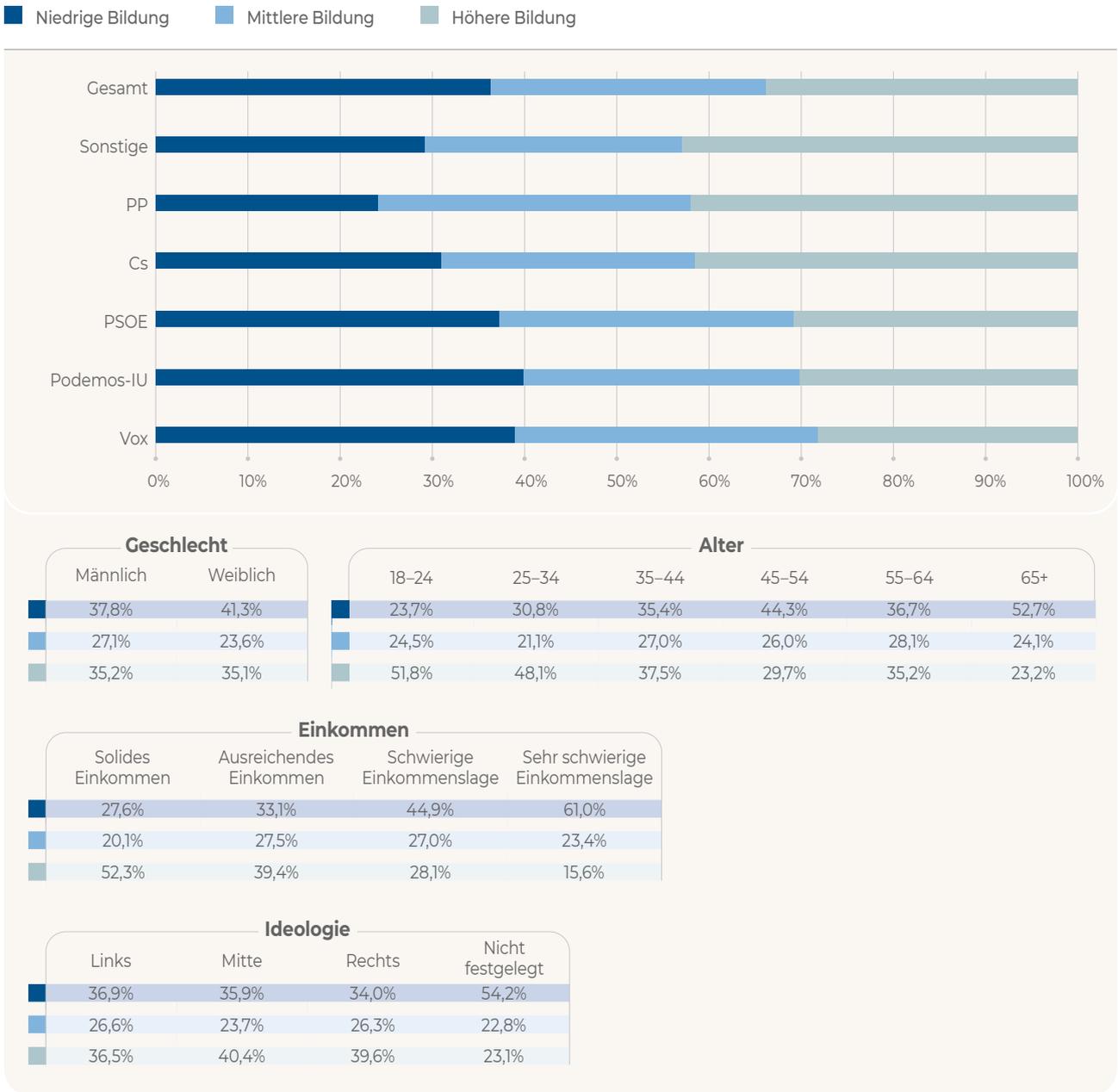


Bildung

Was die Frage der Bildung betrifft, so ist die Wählergruppe mit dem größten Anteil an höher gebildeten Befragten die PP-Wählerschaft, während die Gruppen mit dem geringsten Anteil an höher gebildeten Befragten die Wähler*innen

von Vox und Podemos sind. Mehr Zuspruch von Menschen mit höherem Bildungsniveau erfahren Parteien auf der rechten Seite des Spektrums und kleinere Parteien. Bei jüngeren Befragten und Einkommensstärkeren ist der Anteil der höher Gebildeten höher als in anderen Wählergruppen.

Figure 38 – Bildung



Teilnahme an Gottesdiensten

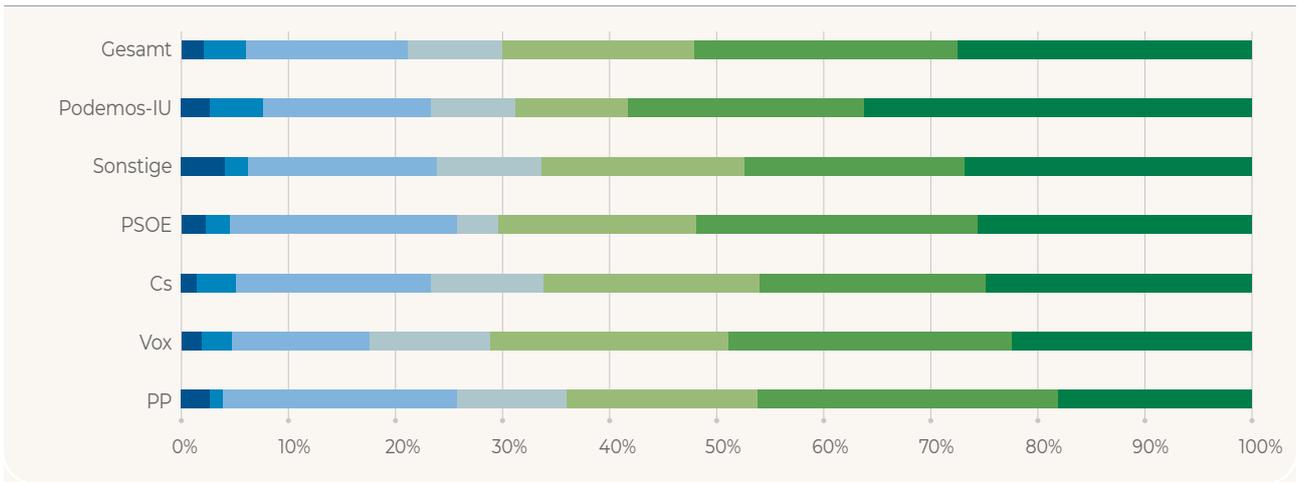
Weniger als 20 Prozent der Spanier*innen besuchen regelmäßig einen Gottesdienst. Wähler*innen kleinerer Parteien und die Podemos-Wählerschaft gehen am seltensten in den Gottesdienst, während der Anteil derjenigen, die mehr

als einmal in der Woche einen Gottesdienst besuchen, bei PP- und Vox-Wähler*innen am größten ist. Allerdings sind grundsätzlich alle Parteien zu Parteien der »säkularisierten Mehrheit« geworden, die nicht einmal an allen besonderen Feiertagen oder gar nicht an Gottesdiensten teilnimmt.

Abbildung 39 / Q11 – Teilnahme an Gottesdienst

Wie oft besuchen Sie Gottesdienste (abgesehen von besonderen Anlässen wie Hochzeiten und Beerdigungen)?

- Täglich
- Einmal pro Woche
- Nur an Feiertagen
- Nie
- Mehr als einmal pro Woche
- Mindestens einmal im Monat
- Selten



Geschlecht

	Männlich	Weiblich
■	1,7%	1,2%
■	3,4%	2,4%
■	10,2%	10,1%
■	5,5%	7,5%
■	11,4%	16,5%
■	21,1%	18,1%
■	46,6%	44,2%

Alter

	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
■	2,0%	3,8%	1,8%	1,1%	1,4%	0,4%
■	3,3%	5,6%	3,8%	2,2%	1,4%	2,0%
■	13,6%	11,5%	8,1%	10,3%	8,5%	10,4%
■	6,0%	9,4%	9,1%	6,1%	4,6%	3,9%
■	11,3%	15,7%	11,4%	15,1%	14,3%	14,7%
■	22,6%	14,3%	18,7%	20,1%	23,5%	20,1%
■	41,1%	39,5%	47,1%	45,0%	46,3%	48,7%

Bildung

	Niedrige Bildung	Mittlere Bildung	Höhere Bildung
■	1,8%	1,0%	1,3%
■	2,1%	2,5%	4,1%
■	6,2%	9,0%	15,2%
■	4,4%	6,4%	9,1%
■	14,3%	14,4%	13,1%
■	18,5%	23,0%	18,9%
■	52,7%	43,7%	38,3%

Einkommen

	Solides Einkommen	Ausreichendes Einkommen	Schwierige Einkommenslage	Sehr schwierige Einkommenslage
■	3,0%	1,0%	1,0%	1,1%
■	4,8%	2,7%	2,9%	1,6%
■	14,5%	10,1%	9,8%	3,7%
■	3,9%	7,3%	8,0%	4,0%
■	11,6%	16,5%	12,3%	10,3%
■	20,0%	19,8%	19,2%	21,1%
■	42,2%	42,6%	46,9%	58,2%

Ideologie

	Links	Mitte	Rechts	Nicht festgelegt
■	1,3%	1,7%	1,6%	1,6%
■	1,5%	1,7%	6,2%	3,2%
■	6,5%	13,2%	18,3%	5,6%
■	5,3%	9,4%	7,1%	6,1%
■	12,3%	17,1%	15,7%	12,8%
■	19,4%	18,7%	21,5%	18,2%
■	53,7%	38,2%	29,6%	52,4%

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE 6

- Das Bildungsniveau ist in der Regel ein aussagekräftiger Prädiktor für die Parteipräferenz, wobei Befragte mit höherer Bildung für Parteien der Mitte stimmen und Befragte mit niedrigerer Bildung in der rechtsextremen Wählerschaft überrepräsentiert sind. Dies scheint in Spanien der Fall zu sein; dort finden PP und Ciudadanos Zuspruch bei einem großen Teil der Menschen mit höherem Bildungsniveau, während in der Vox-Wählerschaft der Anteil der Menschen mit höherem Bildungsabschluss am geringsten ist.
- Die Bedeutung der Religion nimmt in den westlichen Demokratien immer mehr ab, so auch in Spanien, wo weniger als 20 Prozent der Befragten angeben, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen. Vox-Wähler*innen gehen am häufigsten in den Gottesdienst, während Wähler*innen von Podemos-IU und kleineren Parteien am seltensten an Gottesdiensten teilnehmen.

AUTOREN

Über Kieskompas (Wahlkompass)

Kieskompas ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich auf quantitative Datenanalyse, Meinungsumfragen und das Erstellen von Wählerprofilen spezialisiert hat. Es wurde 2006 von Dr. André Krouwel in Kooperation mit der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam gegründet. Kieskompas hat sich als Marktführer in der Entwicklung und Innovation von Online-Wahlhilfen (Voting Advice Applications, VAAs) einen Namen gemacht, die von insgesamt mehr als 30 Millionen Menschen genutzt werden. Das Unternehmen ist eng in die wissenschaftliche Community eingebunden und beschäftigt ein Team ausgewiesener Forscherinnen und Forscher mit einem ausgeprägten Fokus auf Politikwissenschaft, Datenwissenschaft und Statistik. Besondere Bekanntheit erlangte das Unternehmen durch die Entwicklung einer Methode, mit der die Positionen politischer Parteien in länderspezifischen politischen Kontexten innerhalb der Online-Wahlhilfen visualisiert werden können. Diese Online-Tools wurden in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in mehr als 40 Ländern erarbeitet und generieren sehr umfassende N-Datensätze, die sich für vertiefte Analysen eignen.

André Krouwel

André Krouwel ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Kommunikation an der Vrije Universiteit (VU) Amsterdam und ist der Gründer des Unternehmens Kieskompas (Wahlkompass), das Online-Wahlhilfen entwickelt, mit denen Daten über Parteipositionen und Wählermeinungen erhoben und aufbereitet werden. Krouwels Forschungsschwerpunkte sind die öffentliche Meinungsbildung und politisch relevante Stimmungslagen, Wahlverhalten, politische Parteien und soziale Bewegungen. Darüber hinaus hat er im Rahmen seiner jüngsten Forschungen zu den Themen Verschwörungsglauben, Meinungsbilder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wahlbeeinflussende Faktoren für europäische Randgruppenparteien sowie Euroskepsis publiziert.

Yordan Kutiyiski

Yordan Kutiyiski hat einen MSc-Abschluss in Politikwissenschaft von der VU Universität Amsterdam und einen MA-Abschluss in Lateinamerikastudien vom Zentrum für Lateinamerikaforschung und -dokumentation (CEDLA) an der Universität Amsterdam. Er arbeitet als quantitativer Forscher bei Kieskompas; zu seinen Forschungsinteressen gehören Wahlverhalten sowie europäische und lateinamerikanische Politik.



IMPRESSUM

FEPS – Foundation for European Progressive Studies

Avenue des Arts 46
1000 Brüssel
Belgien
info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
info@fes.de
www.fes.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FEPS:
Ania Skrzypek, Direktor für Forschung und Ausbildung

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion bei der FES:
Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Kontakt / Bestellungen:
Adriana.Hornung@fes.de
Celine.Guedes@feps-europe.eu

Übersetzung aus dem Englischen: Christine Hardung

Design und Illustrationen:
pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die des Europäischen Parlaments, der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) oder der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES oder FEPS herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES/FEPS nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN 978-3-98628-379-7

© 2022



www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt.

